

Die „Volkswacht“  
ersch. wöchentlich 6 Mal  
und ist durch die  
Expedition, Neue Graupenstr. 17/18,  
und durch Postanstalt zu beziehen.  
Preis vierteljährlich M. 2.50,  
pro Binde 20 Pf.  
Durch die Post bezogen M. 2.50,  
frei ins Haus M. 2.92,  
wo keine Post am Orte. M. 3.24.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verantwortlicher  
Beredigt für die verantwortliche  
Redaktion: Herr Dr. H. H. H. H.  
18. Jahrgang.  
Inhalt: für die nächste Nummer  
müssen die Beiträge am 1. Oktober  
abgegeben werden.

Telephon  
Redaktion 3141.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 230.

Mittwoch, den 3. Oktober 1906.

17. Jahrgang.

### Nach der roten Tagung.

Zu ihren Auftraggebern heimgekehrt sind wieder die Abgeordneten des Massenbewussten Proletariats von Deutschland, und voll Erwartung sehen die sozialdemokratischen Arbeiter aller Orten den Berichten entgegen, die ihnen ihre Erwählten über den Verlauf und die Erfolge des Mannheimer Parteitages crütten werden.

Wir sind gewöhnt, in unseren Parteitagen nicht nur eine Demonstration unserer Kraft und Stärke, unserer Einheit und Zielbewußtheit zu sehen, sondern mit Recht haben wir noch je vom roten Arbeiterparlament positive Arbeit verlangt, die uns vorwärts bringen soll in rühmlicher Kampfe gegen den kapitalistischen Klassenstaat. Aus diesem Gesichtspunkte heraus muß auch die Mannheimer Woche betrachtet werden, und da will es uns doch so scheinen, als ob es nötig sei, in den starken Weim der Begeisterung über die Resultate dieses Parteitages ein Tröpflein nüchternen Wassers zu geben.

Zunächst haben uns Geschäfts- und Massenbericht des Vorstandes, vor allem die Klagen des Parteikassierers gezeigt, daß in organisatorischer Beziehung noch lange nicht alles so ist, wie man es von einer Dreimillionenpartei erwarten sollte, daß hier noch viel, sehr viel, namentlich im Hinblick auf das kommende Wahljahr zu tun ist. Wir haben aber die Hoffnung, daß gerade diese Klagen dazu beitragen werden, auch jene nicht kleinen Kräfte von der Notwendigkeit einer straffen geschlossenen zentralistischen Organisation unserer Partei zu überzeugen, die bisher immer noch in einer aus sozialistengesellschaftlicher Zeit übernommenen konservativen Abneigung und Veringschätzung gegenüber einer äußerlichen Organisationsform verharrten, die da meinten, daß es genüge, wenn nur der Geist der Ueberzeugung in den Köpfen der Arbeiterschaft stecke.

Die von der bürgerlichen Presse mit Sehnsucht erwartete Sensation des Parteitages ist zum größten Verger jener Seite nicht gekommen: die Wortführerfrage ist nicht wieder aufgerollt worden, und unbeschadet unserer heute noch unveränderten Stellung zur Frage der sogenannten „Sechse“ sagen wir: es ist gut, daß es so gekommen ist, denn es hätte keinen Zweck gehabt, Wunden, die schon am Vernarben waren, wieder aufzureißen. Auch daß ein neuer Skandal, der sich an den Konflikt des „Vorwärts“ mit den Genossen Stampfer und Heinrich Braun zu knüpfen drohte, verhütet wurde, auch darüber kann man nur seiner Freude Ausdruck geben; wir haben nun wirklich einmal der inneren Reibereien und der Selbstzerfleischung in unseren eigenen Reihen vollauf genug. Hoffentlich aber wird auch die kurze Aussprache über den Vorwärts-Stampferkonflikt dazu beitragen, daß man auf allen Seiten einsehen läßt, daß nicht die Grobheit des Tones es ist, welche die Stärke des Debattiers ausmacht, daß vielmehr die Sachlichkeit durch die Ruhe des Tones nur gehoben und gestützt werden kann.

Im Mittelpunkt des parteigenösslichen aber auch alles ernsthaften bürgerlichen Interesses am Mannheimer Parteitages stand die Behandlung der Massenstreikfrage, die sich nach den Vorgängen der letzten Monate notwendig Weise zu einer Frage über das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften erweitern mußte. Genosse Bebel befand sich hier in der Stellung eines Verteidigers, und er selbst hat zugegeben, daß ihm diese viel weniger anstehe als die Rolle des Angreifers. So mußte es auch kommen, daß unserer Auffassung nach die Berechtigung Bebel's hinter der nüchternen Logik der Legitimen Gründe zurückbleiben mußte. Legitim hat das Problem des Massenstreiks bis zu seinen letzten unerklärlichen Konsequenzen hingeführt, und daß er offen ausgesprochen hat, wie die Dinge im Rechte kühler Verstandeserwägung sich zeigen, das erst gibt der angenommenen Resolution Bebel ihren wahren Wert als Einigungserklärung, nur in diesem Sinne ist sie mit Einverständnis der Gewerkschaftsführer, wie Bömelburg und Reichel abgelehrt worden. Daß aber diese Tatsache nicht mit voller Klarheit in der Resolution zum Ausdruck gebracht worden ist, das läßt in uns, selbst auf die Gefahr hin, Schwarzseher genannt zu werden, die Beunruhigung nicht zur Ruhe kommen, daß auch die Mannheimer Resolution ähnlich der Jenaer den Kern zu neuen Streitigkeiten über den Massenstreik in sich birgt, die über kurz oder lang doch wieder zum Ausdruck kommen werden. Schließlich bedeuten ja solche sachliche Streitigkeiten über Fragen der Taktik für die Entwicklung der Partei keine Gefahr, im Gegenteil sie tragen zur Klärung bei. Und über das Problem des Massenstreiks herrscht bei uns noch lange nicht die erforderliche Klarheit.

Gute Arbeit aber hat der Parteitag vor allem dadurch geleistet, daß er in offizieller Form die hohe Bedeutung der Gewerkschaften für den Massenkampf anerkannt hat. Dadurch, vor allem durch die Ablehnung des Antrages Kautsky, ist viel dazu getan worden, um die immer drohenden werdenden Gegensätze zwischen Partei und Gewerkschaften im Interesse der Stützkräfte des gemeinsamen zu führenden Klassenkampfes zu überbrücken. Bei eifrigen Wollen auf beiden Seiten werden die Mannheimer Verhandlungen die Grundlage zu einem immer innigeren und geschlosseneren Zusammenarbeiten der beiden gleich wichtigen Säulen des proletarischen Befreiungskampfes bilden.

Bedauerlich ist es, daß die Fülle der unserer Parteitages jeßmal harrenden Aufgaben es unmöglich gemacht haben, die beiden so überaus wichtigen Punkte „Sozialdemokratie und Volkserziehung“ sowie „Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug“ ausführlich und gründlich zu diskutieren. Durch die großzügigen, alle wesentlichen Fragen in ein helles Licht stellenden Ausführungen der Referenten ist indessen die Grundlage gegeben auf der wir in den kleineren Kreisen der einzelnen Organisationen weiter bauen können. Jedenfalls gilt es nun, die zwei Lebensfragen der Volks-

erziehung und des Strafrechts nicht mehr aus den Augen zu verlieren.

Eine unangenehme Begleiterscheinung des Mannheimer Parteitages, die unseres Erachtens noch niemals so stark herorgetreten ist, war ein gewisser übertriebener Personenkultus. Wenn wir auch wissen, daß hierbei die Personen immer nur als die Träger von bestimmten Ideen geehrt werden sollten, so ist es doch etwas Mißliches und geradezu Abstoßendes, wenn der Personenkultus gerade auf einem Arbeiterparlament gar zu üppig ins Kraut schießt. Die rote Woche ist vorüber. In alle Winde sind die Delegierten wieder zerstreut. Ihrer und unser aller harter nun die Aufgabe, den Samen, der dort am Rhein gesät worden ist, in unverbrossener Kleinarbeit zu hegen und zu pflegen, auf daß wir im nächsten Jahre in Essen uns einer reich prangenden Ernte erfreuen dürfen.

### Politische Uebersicht.

#### Eine neue Militärvorlage

wird von der „Germania“ angefündigt. Die Gentes-truppen sollen zur ausgiebigen Verwendung des Telegraphen- und Telephonendienstes ziemlich erheblich vermehrt werden. Das Automobil soll im Heeresdienste eine ausgiebige und systematische Verwendung finden. Außerdem soll auch eine nicht unerhebliche Verstärkung der schweren Feldartillerie gefordert werden. Die Nachricht löst in der bürgerlichen Presse Berlins auf starke Zweifel. Der „Volk-Anzeiger“ glaubt nicht, daß innerhalb des Quinquennats die Aufstellung von Neformationen, die mit einer Erhöhung der Friedenspräsenzstärke verbunden sein würde, in Frage kommen könne. Die „Tägliche Rundschau“ erfährt „an ununterrichteter Stelle“, daß die Meldung der „Germania“ unzutreffend sei. Bis zum 31. März 1910 sei die Präsenzstärke gelehrt festgelegt, und niemand denke daran, bis dahin Neformationen zu beantragen. Wohl aber dürften, wie in jedem Jahre, Neuforderungen für Material, zum Beispiel für Automobile, Maschinen, Gewehre u. a. m. erscheinen. U. a. m. — und anderes mehr — klingt nicht sehr beruhigend. — Nefentlich wie die „Tägliche Rundschau“ äußert sich auch die „Deutsche Tageszeitung“. Sie meint, es könne sich „höchstens“ um gewisse Mehrforderungen im Heeresetat handeln; es sei möglich, daß für technische und sonstige Ausrüstung etwas mehr gefordert werden würde, als im letzten Etat. — Die „Nordd. Allg. Zeitung“ schweigt im sichern Gefühl ihrer angeborenen Würde. Und was schließlich uns betrifft, so haben wir nichts dagegen, wenn uns die Reichsregierung zu den nächsten Wahlen agitieren hilft.

### Das Weiberdorf.

Roman aus der Eifel von Clara Diebig.

17) (Nachdruck verboten.)  
„Haalt!“ Püttchen klemmte die Faust zwischen des Fensters. „Er schreit doch e su! Gieft dann de Weis-Fra von Oberkail net geruf?“  
„Sagst doch lieber gleich: dän Gähre Doktor!“ Die Alte wackelte ärgerlich mit dem grauhäutigen Kopf. „Fhr haot wohl dat große Los gezilt?“ Wir sein arme Leit, mir haon neiß dörig. Daost je schpellacken, se werd schuns rozig gann!“  
Und vom Bett her schalt die zornige Stimme des Altten: „Wat es dat for en Manier?! Dat Fenster zugemaach, Japper-log!“ Er hütelte und schimpfte; rasch schlug die Schneiderin das Fenster zu.  
Peter ärgerte noch einen Augenblick. Doch, wieder schlug ihm aus dem Gesicht, sein Herz lechzte den Schlag aus; ein Grausen kam ihm an. Noch deutlich stand ihm die Stunde vor Augen, in der das Fieschen geboren worden. Aber da hatte die weiße Frau am Lager gelegen, ein Strom der Beruhigung ging von ihrer gewichtigen, geheimnisumwobenen Persönlichkeit aus; sie hatte den fetten Fettestinger erhoben: „Dat elao lömmt e su leicht herbon wie en Raag. — Püttchen, locht mer en Raasfel!“  
Und jene da, absetzt in der Kammer neben dem Stall, lag verlassen wie ein hilfloses Tier. Peter rannte weiter, er konnte das Jammern, das jetzt in ein ruckweises Stöhnen überging, nicht mehr anhören; das Herz wurde ihm davon zusammengepreßt und die Tropfen herausgequetscht. Sie traten ihm in die Augen.  
„Geld, Geld! Ja, wer Geld hatte, der konnte sich alles gewähren, auch Hilfe in der Not! Der brauchte nicht zu leiden.“  
„Geld, Geld! Eine Eier überkam ihm. Er fuhr sich in die Tasche — verflucht, nur ein paar lumpige Kupferpfennige darin!“  
Ja, wenn da Laler gellappert hätten, harte Silbertaler! Dann konnte er der Zelt ein Kleid kaufen — noch mehr — alles, was ihr Herz begehrte! Dann würde sie nicht im Wirtshaus sitzen und dem Weisen um den Bart gehen; sie würde nicht mehr schmollen, nicht mehr weinen, nein, sie würde die Arme um seinen Hals schlingen und unter Küßen küßern: „Püttchen, mein anziger Schag, wat haon ech dem Kleid!“  
Der Schweiß trat ihm auf die Stirn, tropfte herunter und vermischte sich mit dem Haß seiner Augen. Und dabei überließ ihn ein Frösteln. „Wir sein arme Leit“, hatte die Schneiderin gesagt.

„Arme Leit — armes Püttchen“ pfiff der Wind ihm entgegen. Wie mit Geisterhand trieb es ihm über's Gesicht. Wenn die Wäbdi nun umkam, treperte da hinten in der verlassenem Kammer — ?! Wenn die Zelt ihm umkreuzt wurde — ?! Er schüttelte sich wie im Fieber, eine unbezwingliche Angst packte ihn und zugleich ein Grimm. Er ballte die Faust im Saal in ohnmächtiger Wut. — Geld, Geld!  
Immer noch hörte er das Jammern, es mischte sich mit dem Säusen des Windes und dem Brausen der Ealm. Zweifelnd, unglücklich stand er. Sollte er nicht hinaulaufen nach Oberkail und auf eigene Faust die weiße Frau holen? War es nicht Menschenpflicht, Christenpflicht? Würde ihm die Guttat nicht vergolten werden vom himmlischen Vater, schon hier auf Erden, bald, jetzt?  
„Hahaha!“  
Wer hätte da gelacht?! Erschrocken sah er sich um, das eigne Hohngelächter gelächte ihm in den Ohren.  
Der da oben — haha — ja, das hatte sich was mit der Vergeltung! Die gab's nicht.  
Er hatte ein Hungerleben geführt, seit er denken konnte; war's nun nicht endlich Zeit, daß er in der goldenen Ruffschuh fuhr und seiner Zelt Kleider kaufen konnte, so viele die wollte?  
Die Zelt, ja die — hin, schnell! Der mußte er das Schamuzzieren legen. Nur schnell, sehen, was die macht! Dann hin nach Oberkail.  
Dicht vor'm Wirtshaus stieß er auf Lina. Sie trug einen Kamm mit großen, blauen Steinen im Haar und ein buntes, schillerndes Ankleidchen um den Hals. Sie schlenkerte den Kopf und drehte sich; sie wurde alle Tage hübscher, das sah er doch.  
„Püttchen“, rief sie und lachte, daß alle ihre Zähne blitzten. „Eweil sein ech sein, gäl: Dän Kamm haon ech gelaakt, dat Dückelchen“ — sie verdröhte die Augen in der fröhlichen Anfreudung, sich selber zu bewundern — „dat haon ech zukt!“  
„Maanswägen“, brummte er.  
„Püttchen“ — schon hing sie schmeichelnd an seinem Arm — „locht mer noch ebbes!“  
„Ohne etwas zu sagen, schüttelte er verneinend den Kopf.“  
„Dau moht — Püttchen, nor e Kamm Andanten!“ Schnell sah sie sich um, dann frisch sie ihm rasch über die Wade, ihr Ton war lüchelnd: „Püttchen!“  
„Ech haon ke Geld!“  
„Dau Dappes!“ Sie stieß ihn von sich, daß er gegen die Hauswand taumelte.  
Wihmung trat er in die Schenkeln. Da sah der Reisende auf dem einzigen Polsterstuhl des Hauses, und auf der Bank, dicht neben ihm, die Zelt. Sonst war kein Mensch im Wirtshaus.  
Eine flache Erdenner hatten sie vor sich eine geleerte Raub schon am Boden. Der mußte der Zelt nicht einstecken da-

ben; sie glühte wie roter Rohn, ihre Augen waren kleiner geworden und schwimmten.  
Als sie ihren Mann erblickte, sprang sie freudig auf. „Püttchen! Eweil kommele?! Gähre Reisender“ — vertraulich legte sie ihre Hand auf den Arm des Stübbers — „wollen Se eweil net ju gud sein, on Zhr Mustren nehme glehn? Dat Püttchen es hei, for dat Kleid zu kaafen!“  
„War sie toll? Peter zwiffte sie am Rock, er riß ihn ihr fast aus den Falten; sie hörte nicht. Welche Schwogen auf den Tisch gestemmt, stubierte sie das Musterbuch, das ihr der Reisende vorgelegt hatte.  
„Dat rote oder dat blaue? Wat es nau schtiner?“ Sie legte zweifelnd den Kopf auf die Seite.  
„Nehmen Sie das blaue“, redete der Reisende zu, „die Elle löstet nur ein Kastenmännchen“) mehr. Sie haben dochir aber ganz andere Ware. Ein Kastenmännchen spielt doch keine Rolle!“  
„Ä“, sagte Lucia.  
Peter gab ihr einen Puff. „Biste gäl?“ raunte er ihr zu.  
„Ä“, das blaue?“ fragte der Reisende.  
„Dat blaue. On tote vil Ehen haon ech netig?“  
„Siebzehn. Pro Elle fünfzehn Silbergroßen, macht fünf- undzwanzig Mark fünfzig Pfennig, oder — die neue Währung werden Sie hier noch nicht so recht kopieren — oßt Laler fünfzehn Silbergroßen. Für dieses Kleid ein Spottgeld!“  
„Jao, dat es et aach. Gäl, Püttchen?“ Freudig erregt drehte sich Lucia nach ihm um.  
„Acht Laler — ?!“ Er hand betroffen. „Acht Laler — —! Die Stube schien mit ihm herum zu tanzen, es schwindelte ihm. „Acht Laler — woher sollte er die nehmen?!“  
„Gäl, Püttchen, mei net Kleid es wonnerfichten?!“ Sie jauchzte fast.  
„Kamen — eweil kann ech net — ech — net heit, en anormal — hillecht marjen“, murmelte er vorlegen. Er sah über ihre Schulter und schlug ihr das Musterbuch vor der Nase zu. „Bistech mech net e su!“ Und dann lang seine Stimme rauher, ganz heiser: „Ech haon ke Geld.“  
„Ä was!“ Der Reisende lächelte. „Fhr so'n hübsches Weibchen muß man immer Geld haben!“  
Dies verdammte Mädchen! Peter kramte die Stube zusammen und riß sie wieder auseinander, daß alle Gelenke knackten. Durtos Bild reichte schens auf ihm; jetzt glaubte er eine gewisse Betäubung dazu zu empfinden, jetzt wendete sie ihre Augen ab. Ihre Brauen waren zusammengezogen, die Lippen aufgeworfen; sie leckte ihm den Rücken.  
„Zelt, hör eht!“  
(Fortsetzung folgt.)

\*) gezogen.

\*) Zweiteinstufige Silbermarken.



Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Postboten zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 3.00, wo keine Post am Orte, M. 3.25.

# Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Belegexemplare werden für die redaktionellen Bedürfnisse der Redaktion zu einem besonderen Preis abgegeben. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 3.00, wo keine Post am Orte, M. 3.25.

Telephon Redaktion 3141.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 230.

Mittwoch, den 3. Oktober 1906.

17. Jahrgang.

### Nach der roten Tagung.

Zu ihren Auftraggebern heimgekehrt sind wieder die Abgeordneten des Klassenbewußten Proletariats von Deutschland, und voll Erwartung sehen die sozialdemokratischen Arbeiter aller Orten den Berichten entgegen, die ihnen ihre Erwählten über den Verlauf und die Erfolge des Mannheimer Parteitages erstatten werden.

Wir sind gewöhnt, in unseren Parteitagen nicht nur eine Demonstration unserer Kraft und Stärke, unserer Einheit und Zielbewußtheit zu sehen, sondern mit Recht haben wir noch je vom roten Arbeiterparlamenten positive Arbeit verlangt, die uns vorwärts zu führen soll in nimmer ruhendem Kampfe gegen den kapitalistischen Klassenstaat. Aus diesem Gesichtspunkte heraus muß auch die Mannheimer Woche betrachtet werden, und da will es uns doch so scheinen, als ob es nötig sei, in den starken Weiden der Begeisterung über die Resultate dieses Parteitages ein Tröpflein milchtrüben Wassers zu gießen.

Zunächst haben uns Geschäfts- und Klassenbericht des Vorstandes, vor allem die Klagen des Parteikassierers gezeigt, daß in organisatorischer Beziehung noch lange nicht alles so ist, wie man es von einer Dreimilionspartei erwarten sollte, daß hier noch viel, sehr viel, namentlich im Hinblick auf das kommende Wahljahr zu tun ist. Wir haben aber die Hoffnung, daß gerade diese Klagen dazu beitragen werden, auch jene nicht kleinen Kreise von der Notwendigkeit einer straffen geschlossenen zentralistischen Organisation unserer Partei zu überzeugen, die bisher immer noch in einer aus sozialistengesetzlicher Zeit übernommenen konservativen Abneigung und Geringschätzung gegenüber einer äußerlichen Organisationsform verharrten, die da meinten, daß es genüge, wenn nur der Geist der Ueberzeugung in den Köpfen der Arbeiterschaft stehe.

Die von der bürgerlichen Presse mit Sehnsucht erwartete Sensation des Parteitages ist zum größten Aerger jener Seite nicht gekommen: die Vorwärtsfrage ist nicht wieder ausgedrückt worden, und unbeschadet unserer heute noch unüberwindlichen Stellung zur Frage der sogenannten „Sechs“ sagen wir: es ist gut, daß es so gekommen ist, denn es hätte keinen Zweck gehabt, Wunden, die schon am Vernarben waren, wieder aufzureißen. Auch daß ein neuer Skandal, der sich an den Konflikt des „Vorwärts“ mit den Genossen Stämpfer und Heinrich Braun zu knüpfen drohte, verhütet wurde, auch darüber kann man nur seiner Freude Ausdruck geben; wir haben nun wirklich einmal der inneren Reibereien und der Selbstzerfleischung in unseren eigenen Reihen vollauf genug. Hoffentlich aber wird auch die kurze Aussprache über den Vorwärts-Stämpferkonflikt dazu beitragen, daß man auf allen Seiten einsehen läßt, daß nicht die Grobheit des Lones es ist, welche die Stärke des Debattiers ausmacht, daß vielmehr die Sachlichkeit durch die Ruhe des Lones nur gehoben und gestützt werden kann.

Im Mittelpunkt des parteigegenständlichen aber auch alles ernsthaften bürgerlichen Interesses am Mannheimer Parteitage stand die Behandlung der Massenstreikfrage, die sich nach den Vorgängen der letzten Monate notwendiger Weise zu einer Frage über das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften erweitern mußte. Genosse Bebel befand sich hier in der Stellung eines Verteidigers, und er selbst hat zugegeben, daß ihm diese viel weniger anstehende als die Rolle des Angreifers. So mußte es auch kommen, daß unserer Auffassung nach die Veredsamkeit Bebels hinter der nüchternen Logik der Legienischen Gründe zurückbleiben mußte. Legien hat das Problem des Massenstreiks bis zu seinen letzten unerlöschlichen Konsequenzen hingeführt, und daß er offen ausgesprochen hat, wie die Dinge im Lichte kühler Verstandeserwägung sich zeigen, das erst gibt der angenommenen Resolution Bebel ihren wahren Wert als Einigungsresolution, nur in diesem Sinne ist sie mit Einverständnis der Gewerkschaftsführer, wie Bömelburg und Reichel akzeptiert worden. Daß aber diese Fassung nicht mit voller Klarheit in der Resolution zum Ausdruck gebracht worden ist, das läßt in uns, selbst auf die Gefahr hin, Schwarzgeher genannt zu werden, die Beunruhigung nicht zur Ruhe kommen, daß auch die Mannheimer Resolution ähnlich der Jenaer den Kern zu neuen Streitigkeiten über den Massenstreik in sich birgt, die über kurz oder lang doch wieder zum Ausdruck kommen werden. Schließlich bedeuten ja solche factische Streitigkeiten über Fragen der Taktik für die Entwicklung der Partei keine Gefahr, im Gegenteil sie tragen zur Klärung bei. Und über das Problem des Massenstreiks herrscht bei uns noch lange nicht die erforderliche Klarheit.

Gute Arbeit aber hat der Parteitag vor allem dadurch geleistet, daß er in offizieller Form die hohe Bedeutung der Gewerkschaften für den Klassenkampf anerkannt hat. Dadurch, vor allem durch die Ablehnung des Antrages Kautsky, ist viel dazu getan worden, um die immer drohenden Gegenstände zwischen Partei und Gewerkschaften im Interesse der Stützkräfte des gemeinsamen zu führenden Klassenkampfes zu überbrücken. Bei ehrlichem Willen auf beiden Seiten werden die Mannheimer Verhandlungen die Grundlage zu einem immer innigeren und geschlosseneren Zusammenarbeiten der beiden gleich wichtigen Heersäulen des proletarischen Befreiungskampfes bilden.

Bedauerlich ist es, daß die Fülle der unserer Parteitage jedesmal harrenden Aufgaben es unmöglich gemacht haben, die beiden so überaus wichtigen Punkte „Sozialdemokratie und Volkserziehung“ sowie „Strofrecht, Strafprozeß und Strafvollzug“ ausführlich und gründlich zu diskutieren. Durch die großzügigen, alle wesentlichen Fragen in ein helles Licht stellenden Ausführungen der Referenten ist indessen die Grundlage gegeben auf der wir in den kleineren Kreisen der einzelnen Organisationen weiter bauen können. Jedenfalls gibt es nun, die zwei Lebensfragen der Volks-

erziehung und des Strafrechts nicht mehr aus den Augen zu verlieren.

Eine unangenehme Begleitercheinung des Mannheimer Parteitages, die unseres Erachtens noch niemals so stark hervorgetreten ist, war ein gewisser übertriebener Personenkultus. Wenn wir auch wissen, daß hierbei die Personen immer nur als die Träger von bestimmten Ideen geehrt werden sollten, so ist es doch etwas Mißliches und geradezu Abstoßendes, wenn der Personenkultus gerade auf einem Arbeiterparlamente gar zu läppig ins Kraut schießt.

Die rote Woche ist vorüber. In alle Winde sind die Delegierten wieder zerstreut. Führer und unser aller harter nun die Aufgabe, den Samen, der dort am Rhein gesät worden ist, in unerbittlicher Kleinarbeit zu hegen und zu pflegen, auf daß wir im nächsten Jahre in Hessen uns einer reich frangenden Ernte erfreuen dürfen.

### Politische Uebersicht.

#### Eine neue Militärvorlage

wird von der „Germania“ angefündigt. Die Gentesruppen sollen zur ausgiebigen Verwendung des Telegraphen- und Telephonnetzes ziemlich erheblich vermehrt werden. Das Automobil soll im Heeresdienste eine ausgiebige und systematische Verwendung finden. Außerdem soll auch eine nicht unerhebliche Verstärkung der schweren Feldartillerie gefordert werden. Die Nachricht ruft in der bürgerlichen Presse Berlins auf starke Zweifel. Der „Sokal-Anzeiger“ glaubt nicht, daß innerhalb des Quinquennats die Aufstellung von Neuformationen, die mit einer Erhöhung der Friedenspräsenzstärke verbunden sein würde, in Frage kommen könne. Die „Tägliche Rundschau“ erfährt „an unrichtiger Stelle“, daß die Meldung der „Germania“ unzutreffend sei. Bis zum 31. März 1910 sei die Präsenzstärke gesetzlich festgelegt, und niemand denke daran, bis dahin Neuformationen zu beantragen. Wohl aber dürften, wie in jedem Jahre, Neuforderungen für Material, zum Beispiel für Automobile, Maschinengewehre u. a. m. erscheinen. U. a. m. — und anderes mehr — klingt nicht sehr beruhigend. — Ähnlich wie die „Tägliche Rundschau“ äußert sich auch die „Deutsche Tageszeitung“. Sie meint, es könne sich „höchstens“ um gewisse Mehrforderungen im Heeresetat handeln; es sei möglich, daß für technische und sonstige Ausrüstung etwas mehr gefordert werden würde, als im letzten Etat. — Die „Nordd. Allg. Zeitung“ schweigt im sichern Gefühl ihrer angeborenen Würde. Und was schließlich uns betrifft, so haben wir nichts dagegen, wenn uns die Reichsregierung zu den nächsten Wahlen agitieren hilft.

### Das Weiberdorf.

Roman aus der Eifel von Clara Viebig.

17] (Nachdruck verboten.)

„Naht!“ Pötschen kam die Faust zwischen das Fenster. „Et schreit doch e su! Gießt dann de Weis-Fra von Oberfäll net geruf?“

„Sagst doch lieber gleich: dan hähr Dokter!“ Die Alte wackelte ärgerlich mit dem grauhaarigen Kopf. „Ihr haot wohl dat große Los gezillt?“ Wir sein arme Leit, mir haon neist dörig. Laost i: schpeltallen, se werd schuns rohg gann!“

Und vom Bett her klang die zornige Stimme des Alten: „Wat es dat for en Namme?! Dat Fenster zugemacht, Japperloot!“ Er hüpfelte und schimpfte; rasch schlug die Schneiderin das Fenster zu.

Peter zögerte noch einen Augenblick. Doch, wieder schlug der scharfe, gelbende Jammerhret an sein Ohr! Das Blut wühlte ihm aus dem Gesicht, sein Herz setzte den Schlag aus; ein Grausen kam ihn an. Noch deutlich stand ihm die Stunde vor Augen, in der das Josefchen geboren worden. Aber da hatte die weiße Frau am Lager gelassen, ein Strom der Beruhigung ging von ihrer gewichtigen, geheimnisumwobenen Persönlichkeit aus; sie hatte den feinen Zeigefinger erhoben: „Dat elao kömmt e su leicht herwan wie en Nag. — Pötschen, locht mer en Kaffe!“ Und jene da, abwärts in der Kammer neben dem Stall, lag verlassen wie ein hilfloses Tier. Peter rampte weiter, er konnte das Jammer, das jetzt in ein ruckwärtiges Stöhnen überging, nicht mehr anhören; das Herz wurde ihm davon zusammengepreßt und die Tropfen herausgequellte. Sie traten ihm in die Augen.

„Geld, Geld! Ja, wer Geld hatte, der konnte sich alles gewähren, auch Hilfe in der Not! Der brauchte nicht zu leiden. Geld, Geld! Eine Tier überlam ihn. Er fuhr sich in die Tasche — verflucht, nur ein paar lumpige Kupferpfennige hart!“

Ja, wenn da Zaler geklappt hätten, hätte Silbertaler! Dann konnte er der Zeth ein Pferd kaufen — noch mehr — alles, was ihr Herz begehrte! Dann würde sie nicht im Wirtshaus sitzen und dem Reisenden um den Bart gehen; sie würde nicht mehr schmollen, nicht mehr weinen, nein, sie würde die Arme um seinen Hals schlingen und unter Klaffen flüstern: „Pötschen, mein anziger Schak, wat haon ech doch klew!“

Der Schweig trat ihm auf die Seiten, tropfte herunter und vermischte sich mit dem Haß seiner Augen. Und dabei überließ ihn ein Pfötschen. „Mir sein arme Leit“, sagte die Schneiderin gelacht.

„Arme Leit — armes Pötschen“ piff der Wind ihm entgegen. Wie mit Geißelhand strich es ihm über's Gesicht. Wenn die Wäbbl nun unkam, kretierte da hinten in der verlassenen Kammer — ?! Wenn die Zeth ihm untreu wurde — ?! Er schüttelte sich wie in Fieber, eine unbegreifliche Angst packte ihn und zugleich ein Grimm. Er ballte die Faust im Saal in ohnmächtiger Wut. — Geld, Geld!

Immer noch hörte er das Jammern, es mischte sich mit dem Säusen des Windes und dem Drausen der Ealm. Zweifelsund, unglücklich stand er. Sollte er nicht hinauslaufen nach Oberfäll und auf eigene Faust die weiße Frau holen? War es nicht Menschenpflicht, Christenpflicht? Würde ihm die Guttat nicht vergolten werden vom himmlischen Vater, schon hier auf Erden, bald, jetzt?

„Gahaha!“

„Wer hatte da gelacht?!“ Er schroden sah er sich um, das eigne Hohngelächter gelte ihm in den Ohren.

Der da oben — haha — ja, das hatte sich was mit der E-erhaltung! Die gab's nicht.

Er hatte ein Hungerleichen gefühlt, seit er denken konnte; war's nun nicht endlich Zeit, daß er in der goldenen Kutsche fuhr und seiner Zeth Kleider kaufen konnte, so viele die wollte? Die Zeth, ja die — hin, schnell! Der mußte es das Schamzüger legen. Nur schnell, sehen, was die macht! Dann hin nach Oberfäll.

Dicht vor'm Wirtshaus stieß er auf Tina. Sie trug einen Kamm mit großen, blauen Steinen im Haar und ein buntes, schillerndes Knäuelkleidchen um den Hals. Sie schlenkerte den Kopf und drehte sich; sie wurde alle Tage hübscher, das sah er doch.

„Pötschen“, rief sie und lachte, daß alle ihre Zähne blitzten. „Doch! sein — sein, gäl! — Din Kamm haon ech gelaast, dat Eichelchen“ — sie verdeckte die Augen in der fröhlichen Anstrengung, sich selber zu bewundern — „dat haon ech zutritt.“

„Maanswähen“, brummte er.

„Pötschen“, — schon hing sie schmettelnd an seinem Arm — „laaf mer noch ebbes!“

Ohne etwas zu sagen, schüttelte er barmherzig den Kopf. „Dau mocht — Pötschen, nor e Naan Anbenden!“ Schnell sah sie sich um, dann rief sie ihm rasch über die Bude, ihr Ton war dünkend: „Pötschen!“

„Ech haon se Geld!“

„Dau Jappes!“ Sie stieß ihn von sich, daß er gegen die Hauswand taumelte.

„Mittwiltig trat er in die Schenkstube. Da sah der Reisende auf dem einzigen Polsterstuhl des Hauses, und auf der Bank, dicht neben ihm, die Zeth. Sonst war kein Mensch im Zimmer. Eine glatte Erdenner hatten sie vor sich, eine geleerte Hand schon um Tobet. Der mußte der Zeth verstaubt eingestiegen sein.

ben; sie glühte wie roter Rohn, ihre Augen waren kleiner geworden und schwimmend.

Als sie ihren Mann erblickte, sprang sie freudig auf. „Pötschen! Ewel kömme! Gähr Reisender, — vertraulich legte sie ihre Hand auf den Arm des Stäubers, — wollen Sie eweil net su gud sein, on Ihr Mustren nehme geseh? Dat Pötschen es het, for dat Meid zu laafen!“

War sie toll? Peter zupfte sie am Rock, er riß ihn ihr fast aus den Gelenken; sie hörte nicht. Beide Ellbogen auf den Tisch gestemmt, studierte sie das Musterbuch, das ihr der Reisende vorgelegt hatte.

„Dat rote oder dat blaue? Wat es nau schöner?“ Sie legte zweifelsund den Kopf auf die Seite.

„Nehmen Sie das blaue“, redete der Reisende zu, „die Elle kostet nur ein Kaffeemännchen“ mehr. Sie haben dafür aber ganz andere Ware. Ein Kaffeemännchen spielt doch keine Rolle!“

„Nä“, sagte Lucia.

Peter gab ihr einen Ruff. „Wisse gäl?“ räumte er ihr zu. „Also das blaue?“ fragte der Reisende.

„Dat blaue. On wie vü Ethen haon ech netig?“

„Sichzehen. Pro Elle fünfzehn Silbergrößen, macht fünf- undzwanzig Mark fünfzig Pfennig, aber — die neue Währung werden Sie hier noch nicht so recht kapieren — acht Zaler fünfzehn Silbergrößen. Für dieses Meid ein Spottgeld!“

„Ja, dat es et aach. Gäl, Pötschen?“ Freudig erregt bremte sich Lucia nach ihm um.

„Acht Zaler — ?!“ Er hand betrossen. „Acht Zaler — —! Die Stube sätet mit ihm herum zu tanzen, es schwebelte ihm. „Acht Zaler — woher sollte er sie nehmen?“

„Gäl, Pötschen, mei net Meid es wonnerstien?“ Sie jauchzte fast.

„Kommen — eweil kann ech net — ech — net heit en unnormal — willecht morgen“, murmelte er beslegen. Er sah über ihre Schulter und schlug ihr das Musterbuch vor der Nase zu. „Sichad“ mecht net e su!“ Und dann lang seine Stimme rauher, ganz heiser: „Ech haon se Geld.“

„Ach mas!“ Der Reisende lächelte. „Für so'n hübsches Weibchen muß man immer Geld haben!“

(Fortsetzung folgt.)

**„Bundesgenossen“.**

Auf dem Parteitag der deutschen Volkspartei, der am Sonntag in München abgehalten wurde, erhob der Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ und preussische Abgeordnete Defer Klage darüber, daß die Sozialdemokraten von einem Bündnis mit den Demokraten nichts wissen wollten. Nicht die Demokraten seien es, die ein Bündnis ablehnten, sondern die Sozialdemokraten. Wenn aber, so folgerte Herr Defer, erst der Zusammenschluß der liberalen Parteien vollzogen sei, so würde die Sozialdemokratie auf ein Bündnis mit ihnen größeres Gewicht legen.

Das ist sicher sehr gut gemeint. Aber die Voraussetzungen des Herrn Defer sind falsch und ebenso falsch sind auch seine Schlüsse. Gewiß hat die Sozialdemokratie stets betont, und wird es stets betonen, daß ihre Weltanschauung eine andere ist als die der bürgerlichen Demokratie. Aber ihre allernächsten Forderungen sind gleichwohl so beschaffen, daß ein bürgerlicher Demokrat, ja sogar ein gewöhnlicher norddeutscher Freisinnsmann sie ohne weiteres unterschreiben könnte. Ebenso nimmt sie der Regierung und ihren Forderungen gegenüber eine Haltung ein, mit der sich ein ehrlicher bürgerlicher Oppositionsmann unbedingt einverstanden erklären könnte. Bei allen Stichwahlen zwischen dem Freisinn und weiter rechtsstehenden Parteien wählen die sozialdemokratischen Arbeiter — gewiß oft nicht ohne starke Selbstüberwindung — Mann für Mann den bürgerlichen Kandidaten. Wie aber sieht es mit der Gegenrechnung aus? Können die Sozialdemokraten im Kampfe um nächste Forderungen, unumwandelbare Freundschaft bei der Abwehr reaktionärer Kandidaten, bei den Stichwahlen massenhafte Auslieferungen von Wahlkreisen an die Reaktion! Und angesichts dieser Tatsache sagt Herr Defer, die Demokraten seien es, die ein Bündnis mit der Sozialdemokratie wollten, diese aber lehne es ab.

Es kommt freilich viel darauf an, was man unter einem „Bündnis“ versteht. Sofern darunter die feierliche Erklärung allgemeiner Brüderschaft und tauschreiche Bundesbankette gemeint sind, hat die Sozialdemokratie zu solchen Veranstaltungen allerdings weder Zeit noch Neigung. Wo sie aber im Kampfe steht, wäre sie töricht, irgend eine, sei es noch so geringfügige Hilfe zurückzuweisen — und so töricht ist sie auch niemals gewesen. Mehr noch — sie bekämpft die Weltanschauung der bürgerlichen Demokraten, Freisinnigen und Liberalen mit sachlichen Gründen, aber sie hat diesen Parteien niemals einen Vorwurf daraus gemacht, daß sie bürgerlich sind. Die Bürgerlichkeit dieser Parteien ist es keineswegs, die zwischen ihnen und der Sozialdemokratie ein Verhältnis unmöglich macht, das in manchen Dingen auf Gegnerschaft, in anderen auf Bundesgenossenschaft, in allen aber auf gegenseitiger Achtung beruhen würde. Aber daß diese Parteien in neun von zehn Fällen es nicht wagen, zu ihrem eigenen demokratischen, freisinnigen oder liberalen Programm zu stehen, daß bürgerlicher Abscheu vor proletarischen Umsturzweltanschauungen sie immer wieder in das Lager der Reaktion zurückzudrängen, das allerdings weckt auf sozialdemokratischer Seite immer wieder Stimmen der Kritik, die auf der anderen Seite desto schmerzhafter empfunden werden, je sicherer sie die wirklich verwundbare Stelle treffen.

Darum befindet sich auch Herr Defer auf schlechtem Wege, wenn er meint, der Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien werde diese als Bundesgenossen der Sozialdemokratie desto leichter machen. Dieser Zusammenschluß bedeutet unter den gegebenen Umständen nichts anderes, als die Herrschaft des reaktionären Nationalliberalismus über die gesamte bürgerliche Linke. Herr Defer würde voraussichtlich mit zu den ersten gehören, die bei diesem Zusammenschluß den Stuhl vor die Türe gesetzt bekämen. Ob er aber dann noch der Sozialdemokratie raten würde, Bruderküsse mit der bürgerlichen Linke zu tauschen, mag dahingestellt bleiben.

**Wehe dem Oberpräsidenten!**

Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Freiherr von Schorlemer, hat sich vor einigen Tagen auf einem aus Anlaß der landwirtschaftlichen Ausstellung in Lieke abgehaltenen Festessen über die Fleischsteuerung geäußert und unter anderem gesagt:

„Wenn wir (Landwirte) Schutz beanspruchen, dann müssen wir auch zeigen, daß die Forderung (der Steuerüberre) begründet ist. Wir leben in einer Zeit von hohen Vieh- und Fleischpreisen, und sehen damit einer ersten Zeit für die Landwirtschaft entgegen. Denn ich kann nicht sagen, daß wir bisher alle Ansprüche der Konsumenten genügt haben. Es ist daher unsere Pflicht, möglichst viel und gut zu produzieren und dafür zu sorgen, daß allen Ansprüchen von Produzenten und Konsumenten Rechnung getragen wird. Um das zu erreichen, ist ein engerer Zusammenschluß der Landwirte nötig, als er bisher in der Rheinprovinz bestand.“

Dem Intelligenzblatt der Landwirte hat diese Auslassung nicht in seine tägliche Behauptung, daß die deutsche Landwirtschaft allen berechtigten Ansprüchen des deutschen Fleischkonsums vollständig zu genügen vermöge und bisher auch immer genügt hätte. Es leistet sich deshalb folgende Abfertigung der Schorlemer'schen Rede:

„Daß es Pflicht der Landwirtschaft ist, möglichst gut und viel zu produzieren, das weiß die Landwirtschaft selbst; sie bedürfte der besonderen Anregung des Freiherrn v. Schorlemer in dieser Beziehung nicht. Die Landwirtschaft kann aber nur genügend produzieren, wenn sie in ausreichendem Maße gegen die Gefahr der Seuchen-Einführung geschützt wird. Fällt dieser Schutz fort oder wird er erheblich abgeschwächt, dann hätte das erheblich höhere Risiko eine Abnahme der Produktion bewirken. Wenn der Oberpräsident der Rheinprovinz weiter sagte, daß die Landwirtschaft allen Ansprüchen der Konsumenten bisher nicht genügt habe, so möchten wir demgegenüber betonen, daß diese Bemerkung für die Landwirtschaft im allgemeinen nicht gelten kann. Ob sie vielleicht für die Rheinprovinz gelte, darüber werden die rheinischen Landwirte sich mit ihrem Oberpräsidenten auseinandersetzen müssen; wir wollen uns jedoch nicht damit befassen. Welchen unmittelbaren Zweck die Aufregung des Freiherrn v. Schorlemer bezweckt haben, ist uns nicht recht ersichtlich. Die Reichs- und Provinzial-Verwaltung hat sich mit großer Sorgfalt bemüht, bei dieser Gelegenheit, daß Freiherr v. Schorlemer als künftiger Landwirtschafts-Minister genannt worden ist und schließlich aus seiner Rede, daß demnach eine Aufhebung der Fleischsteuerung eine wesentliche Aufgabe der Regierung sei, durch seine Äußerungen, daß er sich nicht für die Aufhebung der Steuer interessiert, sich zu erklären.“

Überzeugung kommen, daß es im allgemeinen und im besonderen Interesse zweckmäßiger gewesen wäre, wenn er seine Ausführungen etwas anders abgefaßt und zugespitzt hätte.

Indes ist es nicht nur die Erregung darüber, daß der Oberpräsident der Rheinprovinz die Schweine- und Rindviehtheorie der bekannten großen Autoritäten des Bundes der Landwirte noch nicht kopiert hat, die das Bundesorgan zu seinem Ausfall veranlaßt. Die Abfertigung hat hat noch einen anderen Zweck. Wie verlaßt und das Blatt bestätigt, soll Freiherr v. Schorlemer zum vereinstufigen Nachfolger des Herrn v. Bobbielacki ausersuchen sein, und um diesen Plan zu fördern, scheint dem ehrsamem Bundesblatt die Gelegenheit günstig, gegen den Herrn v. Schorlemer in gewissen einflussreichen hochseidenden Kreisen Stimmung zu machen.

**Teure Milch!** Die vor kurzem schon angekündigte Erhöhung der Milchpreise in Dresden wird soeben in den Tagesblättern bekannt gegeben. Es kostet darnach vom 1. Oktober an das Liter Vollmilch aus dem Krug 20 Pf., in der Flasche 22 Pf. Die Verteuerung der Milch wird mit der Behauptung der Molkereien und vereinigten Milchhändler begründet, daß die Einkaufspreise infolge erhöhter Produktionskosten nicht auf ihren früheren Stand zurückgegangen sind, sondern möglicherweise noch mehr anzulehen werden. Das ist aber Flunkerel. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ konnte vor kurzem schon ein Zirkular der Milchringleute veröffentlichen, das bewies, daß es wieder einmal auf die Taschen der Konsumenten abgesehen ist. In Breslau und zahlreichen anderen Städten ist die Milch ja auch verteuert worden. Wir leben jetzt glücklich im Zeichen des Bier-, Fleisch-, Brot- und Milchmachers und die Massen sollen das alles tragen, trotzdem die Löhne sich auf einem bescheidenen Niveau halten.

**Zum Braunschweiger Handel** wird gemeldet, daß der Herzog von Cumberland bereit sei, für seine Person auf Braunschweig zu verzichten. Sein ältester Sohn werde alsdann auf alle hannoverschen Ansprüche entsagen und den Herzogstuhls besteigen können. Die Preußenpresse, in ihrer Angst, daß ihr die Felle fortzuschwimmen könnten, erklärt nun, sich mit einer solchen Lösung nicht zufrieden zu geben. Es genüge nicht, daß der Sohn verspreche, ein artiges Kind zu sein, auch der Vater müsse es tun. Daß der Verzicht des alten Herzogs auf Braunschweig natürlich auch den — längst vollzogenen — stillschweigenden Verzicht auf Hannover bedeutet, schiert sie nicht. So treibt der preussische Monarchismus Schindluder mit dem welfischen Gottesgnadentum.

**Fleischnot und Fleischverbrauch.** Durch die konservativere Presse läuft die aus den „Berl. Vol. Nachr.“ stammende Behauptung, die Ursache der jetzigen Fleischnot sei nicht in der zu geringen deutschen Viehproduktion, sondern darin zu suchen, daß neben der normalen mit der Bevölkerung Hand in Hand gehenden Steigerung des Fleischverbrauchs eine starke, beinahe sprunghaft auftretende Vermehrung des Verbrauchs eingetreten sei. Das schöne Verlegenheitsgerede stellt sich sofort als Schwindel heraus, wenn man die neuesten reichsstatistischen Angaben über Bevölkerungszuwachs und Fleischverbrauch in Betracht zieht.

Die Bevölkerung des Deutschen Reichs und des Zollgebiets ist, wie schätzungsweise festgestellt worden ist, von 1905 bis 1906 gestiegen von 60,246,000 auf 61,102,000 Personen. Die Zahlen der im 2. Vierteljahr 1905 und 1906 im ganzen Reich beschauten Schlachttiere sind hingegen folgende:

	1905	1906
Vierbe und andere Einbeuer	29,224 Stück	28,948 Stück
Ochsen, Bullen und Kühe	675,916	669,122
Jungvinder und Kälber	1,538,106	1,476,507
Schweine	3,143,114	2,981,888
Schafe	484,038	486,138
Riegen	152,921	170,996
Gänse	947	1,013

Hiernach ist die Bevölkerung gewachsen um 856,000 Personen innerhalb eines Jahres, während im gleichen Zeitraum die Zahl der geschlachteten Vierbe ufm., des gesamten Rindviehes und der Schweine von 5,386,390 auf 5,149,465 Stück, also um 236,925 Stück zurückgegangen ist. Nur bei den Schafen, Riegen und Gänzen ist ein Aufschwung, der natürlich nur durch die Fleischnot herbeigeführt ist, zu verzeichnen.

**Die Worauser zittern.** Die Teilnehmer des sozialdemokratischen Parteitages, welche einzeln Anschlag nach Worms unternommen hatten, wurden der „Börs. Zig.“ zufolge, da ihnen dort alle Eile verweigert wurde, unter freiem Himmel im Garten des Gewerkschaftshauses zusammenkommen.

Dies erhebende Borkommnis, das auch gewiß seine traurige Seite hat, ist in der Residenz des schuldigen Oberpräsidenten, des Freiherrn v. Seyd, passiert, der, ein Befehlswort stumm, zu der Gruppe jener Schwarzfahrer gehört, die junge Sozialdemokraten als „grüne Dämonen“ bezeichnen.

**Der Anschlag auf die Berliner Presse.** Der neuen militär-politischen Korrespondenz wird aus Brüssel geschrieben: „Es ist in Brüssel unterrichteten Kreisen bekannt, daß Herr Louis D'Amboise, der Chef des Postensystems der Kongo-Regierung, verhaftet und polizeilich dem Gouverneur überstellt. Sollte Herr D'Amboise — was allerdings unahrscheinlich — wirklich der Informant des Herrn Gaboriau gewesen sein, so kann, bei der einwandfreien Verlässlichkeit des Herrn Gaboriau, nicht daran gezweifelt werden, daß die Erhebungen gegen die Verhandlungen richtig sind, und einzelne Berliner Blätter aus Brüssel Subvention beziehen.“

Es wird nunmehr, nämlich allerhöchste Zeit, daß die Herren Gaboriau und D'Amboise mit der Namen der betreffenden Zeitungen herausfinden.

**Der Parteitag der deutschen Volkspartei** begann in München, an dem 100 Vertreter teilnahmen, begann mit einer Rede des preussischen Landtags-Abgeordneten Defer über die Absicht, Einigung. Er wußte die Fortschritte der Bewegung, empfahl das von gewählten Ausschuss verschiedene Parteigruppen aufgestellte Mindestprogramm und forderte als weiteren Schritt die Eröffnung für den Vorstand, Vertreter aller Gruppen zu ernennen, um weitere zu besprechen, sowie die allgemeine Organisation eines Bundeskongresses der Parteien

für die Wahlen 1908. Der Parteitag genehmigte diese Vorschläge. In der Debatte wurde besonders betont, daß auch der Anschlag nach links gehalten werden müsse, zur Sozialdemokratie, nach badischem Blodmuffler. Es folgte ein Referat von Aumanns über die politische Desorganisation, das als Hauptblatt verteilt werden soll. Es richtet sich gegen die Fälle Bobbielacki und Deimling, sowie gegen die kaiserliche Schwarzfahrer-Rede und fordert Mitarbeit und Mitbestimmung der Politik durch das Volk. Als Ort und nächstjähriger Parteitagort wurde Karlsruhe gewählt.

**Das Wörtchen „Anarchist“.** Bekanntlich versehen blugige Kaufleute und Fabrikanten ihre Waren mit einem Schlagwort, das sich dem Gedächtnis des Publikums einprägen soll, und welches ihnen zur Bezeichnung ihrer Waren vom Patentamt geschützt werden kann.

Ein Spezialfabrik Unternehmender taufte einen Anstrichfärbere „Anarchist“ und meldete dieses Wort, wie üblich, als Schutzmarke beim Patentamt an. Durch Verfügung des Vorprüfers wurde dasselbe als Anlaß zur Erregung politischer Vergernisse zurückgewiesen.

Trotz Überlegung dieser Beanstandung wurde aber die Anmeldung zurückgewiesen. Auf den vom Reichsamt des Anmeldebüros, dem Patentbureau des Ingenieur Gützmann, Dresden ausgearbeiteten Beschwerdebescheid, in welchem ausgeführt wurde, daß die Bezeichnung „Anarchist“ für diese Ware schmerzhaft sei, und daß höchstens Anarchisten daran Anstoß nehmen könnten, wurde doch die Eintragung des Wortes definitiv verweigert und zwar unter folgender, öffentlichen Interesse beanspruchenden Begründung: „Daß das Wort „Anarchist“ nicht unter Umständen eine Bezeichnung enthalten kann, ist nicht sicher. Entscheidend ist, daß das angemeldete Wort den Ansprüchen von Bestimmungen bezweckt, die darauf hinauslaufen, die bestehenden Staatsbehörden umzufügen und die öffentliche Rechtsordnung zu zerstören. Erfahrungsgemäß schrecken Anarchisten nicht vor der Anwendung der verwerflichsten Mittel zurück, um ihren Zielen näherzukommen, und sie haben sich durch die von ihnen gerichteten Gewalttaten und Verbrechen den Abscheu und den Haß der weitesten Kreise zugezogen. In diesen würde es daher mißbilligendes Erstaunen und Anstoß erregen, wenn jemand „gesehene Anarchisten“ für ein Wort erlangen würde, welches grundsätzlich Gegenstand zu Recht und Ordnung bedeutet. Das Patentamt nimmt Anstand, seine Hand dazu zu legen, daß durch die Eintragung des Wortes „Anarchist“ in seine Zeichenrolle das Wort als „einwandfrei“ geschützt und gewissermaßen „behördlich gutgeheißen“ erscheint.

„Ansofern“ widerspricht die Eintragung der „offentlichen Ordnung“ und sie ist mithin gemäß § 4 Absatz 2 des Gesetzes zum Schutze der Warenbezeichnungen mit Recht (?) abgelehnt worden.

**Ausland.**

**Dänische Parlamentsöffnung.** Am 1. Oktober erfolgte durch den König die feierliche Eröffnung des Reichstages. Die Thronrede erwähnte eine Reihe bevorstehender neuer Gesetzgebungsarbeiten und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Reichstag für die notwendigen Verteidigungsmittel des Landes einmütig eintreten werde. Sie betonte ferner das freundschaftliche Verhältnis Dänemarks zu allen übrigen Ländern und berührte den vom König beabsichtigten Besuch bei den verschiedenen Höfen. Sie schloß mit einem Passus betreffend die von Island eingunehmende vertragsmäßige Stellung im Reich.

**Der Traum von der Abrüstung.** Der englische Kriegsminister Salisbury hielt in Salisbury eine Rede, in der er darauf hinwies, daß die militärische Abrüstung nicht weiter fortgesetzt werden dürfe. England könne seine Mittel zur Selbstverteidigung nicht noch weiter beschränken, so lange nicht die übrigen Staaten seinem Beispiele folgten. Wenn England in der Abrüstung fortfähre, würde eine Schwächung seiner diplomatischen Stellung die unausweichliche Folge sein. Das Volk würde darüber aufgebracht sein, sich erheben und unter Beiletzung jeder Rücksichtnahme einen größeren Aufwand für die Flotte verlangen. Dieser letztere Zustand wäre schlimmer als der frühere. Das einzige, was man noch tun könne, sei ein vorläufiges und hausfälliges Vorgehen. Das Volk frage sich auch, wie die liberale Regierung die Reorganisation der Armee in Angriff nehmen könne, ohne das Volk mit militärischem Geist zu erfüllen. Die Begleiterscheinung des Militarismus sei auch die, daß durch nähere Berührung mit der Armee und den Kriegsvorbereitungen das Volk zur Befonnenheit und Pflichttreue erzogen werde. Unter einem Volk in Waffen verstehe er ein Volk, welches wisse, was der Krieg bedeutet. Die Armee sei jetzt weit besser, als vor dem südafrikanischen Kriege, und unerkennlich besser, als in den trüben Tagen des Krimkrieges. Aber die Aufgabe sei erst angefaßt. Wenn es ihm vergönnt sein würde, sechs Jahre an ihr zu arbeiten, würde er noch nicht in ihr Herz bringen, das erfordere eine Generation. Deutschland habe fast ein halbes Jahrhundert gewartet, seine Armee zu reorganisieren. Als es ihm jüngst durch die Güte des Kaisers gestattet gewesen sei, die Einzelheiten der deutschen Seeresverwaltung kennen zu lernen, welche in der Lage sei, eine ungeheuer viel größere Armee aufzustellen, als England vermöge für mehr Geld, als dieses ausgeben, da habe er den deutschen Kriegsminister gefragt, wie bekommen Sie so viel für so wenig Geld? Die Antwort sei gewesen: „Indem wir sorgfältig erwägen, was wir für jeden Pfennig bekommen, den wir ausgeben.“ Dies sei der Grundhaß, den er, Salisbury, einführen möchte. Er tue sein Bestes in diesem Sinne, so habe er 51,000 Pfund Sterling an Fleischkontrakten erspart und die Entscheidung getroffen, die Garntison von St. Helena zurückzuführen.

Als Krieg auf Erden, so lautet die Parole der kapitalistischen Mächte. England verlangt, daß Deutschland auch Abrüstung abrisse und so geht es in etlichen Kreislaufe. Und dabei behaupten die offiziellen Vertreter der kapitalistischen Mächte, daß wir in christlichen Staaten leben, wo allein die Gebote des Friedens bestimmend sind.

**Aus dem persischen Verfassungskomitee.** Die Abgeordnetenwahlen begannen mit der Wahl von vier Abgeordneten durch die Wähler des regierenden Geschlechts der Radikalen. Der Wahl hat die Wahlen bestätigt. In der nächsten Woche wählen die Geistlichen, die Kaufleute und die Handwerker. Die Geistlichkeit in Täbris und Meshed hat sich bereits. Die in die englischen Konsulate geschickten Briefe verlassen diese wieder.

Die 2. Paganer Friedenskonferenz ist, wie berichtet, mit Rücksicht auf die politische Lage in Russland auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Diese Verschiebung der Konferenz wird wohl kein Unheil in der Welt anrichten.

**Amerikanische Landhunger.** Es war vorauszusagen, daß Amerika die inneren Wirren auf Cuba benutzen würde, um neue Macht, neues Land zu erobern. Der Staatssekretär Root ist nach Washington zurückgekehrt. Das Kabinett wird zusammenzutreten, um die kubanischen Angelegenheiten zu beraten. Es ist zu erwarten, daß die ganze Expeditionskorps von 6000 Mann an einem Tage eingeschifft wird. Der Krump der „Rotines“ ist von Tampico nach San Antonio, Texas von Havana nach Cienfuegos, Florida von Boston, das Dampfschiff „Texas“ von Norfolk nach Savannah abgegangen. Die letzten beiden Schiffe sollen am 1. Oktober in Savannah eintriften. Der Kreuzer „Drexler“ geht von Philadelphia nach Savannah ab. Alle Schiffe haben Marine-Infanterie an Bord.

**Die Katastrophe in China.** Die „Pöhlische Volkszeitung“ veröffentlicht eine briefliche Mitteilung von Chinesen, in der berichtet wird, daß in China eine schwere Katastrophe bevorstehe. Die Wirren von 1900 hätten gegen die bevorstehenden Unruhen ein Hindernis sein. Im Volke herrsche ein außerordentliches Unruhe. In Schantung hat eine revolutionäre Bewegung eingesetzt. In Schantung haben 20,000 Mann unter Wang. Die bestärkten Leute hätten in die Städte, nachdem die

Dieser ausgeraubt worden sind. Mehrfach kam es zu regelrechten Schlächten zwischen Soldaten und Bürgern, wobei letztere Sieger blieben. In der Zukunft an das obige Blatt wird die beschuldigte Durchdringung der europäischen Truppen als außerordentlich bedenklich hingestellt.

### Kleine politische Nachrichten.

Der Bierkrieg in Oera ist als beendet zu betrachten. Die Brauereien haben auch nicht die geringsten Konzessionen gemacht, sondern sind bei ihren scharfen Beschüssen stehen geblieben. Eine große Arbeiterversammlung beschloß den Boykott der Oeraer Biere aufzuheben, das Trinken dieser Biere aber möglichst zu vermindern. Die Ertragwahl für den Landtagsabgeordneten Biered im Wahlkreise Kolmar i. V. ist nach dem „Berl. Tagebl.“ auf den 24. Oktober, die Wahlmännerwahl auf den 16. Oktober festgesetzt worden. Die verschärfte Vorschriften über den Automobildbetrieb enthält die neue Polizeiverordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen, welche der Oberpräsident mittels Sonderausgabe des Amtsblattes publizieren läßt, die mit dem 1. Oktober für die Provinz Brandenburg bereits in Kraft tritt. Die deutsch-amerikanische Vereinigung in Kalifornien befragt bei der Regierung die Verfolgung der deutschen Versicherungs-Gesellschaften, die sich weigern, für den bei dem Erdbeben verursachten Schaden Ersatz zu leisten.

### Partei-Angelegenheiten.

Fortsetzung der Parteipresse. Die Reichliche „Tribüne“ erscheint nun in Notationsdruck. Auch der Umfang des Blattes wird vergrößert, der Inhalt erweitert. Das Blatt schreibt zu diesem neuen Abschnitt in seiner Geschichte: „Fast 16 Jahre — vom 15. Januar 1890 ab — noch unter dem Sozialistengesetz, erst zweimal, dann dreimal wöchentlich, vom 1. September 1892 ab täglich erscheinend, hat sich die Reichliche „Tribüne“ redlich bemüht, ein treuer Freund und Berater, ein Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung zu sein. Unzählige Male hat sie durch schärfste Kritik zur Beseitigung schwerer Missethände in Politik und Wirtschaft, in Staat und Gemeinde beigetragen. — Ihre öffentliche Meinung aufgeführt. Unendlich oft hat sie zum Kampf aufgerufen gegen wirtschaftliche Ausbeutung und politische Anrechnung, zu manchem schönen Siege der Klassenbewußten Arbeiterschaft ihr redlich Teil beigetragen. Die Reichliche „Tribüne“ darf in Anspruch nehmen, daß auf ihre Tätigkeit ein Teil der großen Fortschritte der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung kommt. Der Dank der Klassenbewußten Arbeiterschaft ist nicht ausgeblieben, die ständige neuwachsende Abonnentenliste ist die höchste Anerkennung ihrer Tätigkeit. Freilich an Verfolgungen, oft toller Art, hat es auch nicht gefehlt und manche Philisterseelen häumt sich auf, wenn sie von dem roten, dem Sozialistenblatt nur hört. Das ehrt uns nur.“

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 2. Oktober.

#### Vier große Volksversammlungen

werden heute, Dienstag, den 2. Oktober, Abends 8 Uhr, zu dem Urteil im „Rawall“ prozeß Stellung nehmen. Die Versammlungen finden für die Nikolaivorstadt bei Hansel in Pöpelwitz, für die Südvorstadt in der „Wilmshelmstraße“, für den Osten im „Goldenenzepter“ und für den Norden im „Vergleiser“ statt. Referenten sind die Genossen Darf, Haback, Kaul und Scholich. Vor den Lokalen werden Ordner, durch weiße Binden gekennzeichnet, tätig sein. Ihren Anordnungen ist unbedingt Folge zu leisten.

Arbeiter! Partei- und Gewerkschaftsmitglied, sorgt für einen imponierenden Verlauf der Versammlungen.

#### Wahlpostarten

haben Schulpfleute des 10. Kommissariats gestern wieder einmal in dem Geschäftslokale unserer Genossen Stadt und Reichel beschlagnahmen wollen, allerdings ohne Erfolg. Was die Polizei wieder einmal zu dieser Maßnahme veranlaßt hat, ist uns vorläufig ebenso unklar, wie der Grund dafür, daß man in der Buchdruckerei von Boronow ein Gebicht, das mit den Worten anfängt: „Freund, wenn du noch zwei Hände hast“, beschlagnahm und einen Erger sowie einen Beihilger auf das Polizeikommissariat genommen und verhaftet hat. Vielleicht erhalten wir bald Aufklärung für die geheimnisvolle Polizeiaktion.

#### Die Weiterversicherung der Ehefrauen.

Bekanntlich steht nach § 42 des Invaliden-Versicherungs-Gesetzes den weiblichen Versicherten, die eine Ehe eingehen, innerhalb eines Jahres von der Verheiratung ab ein Anspruch auf Erstattung der Hälfte der für sie geleisteten Beiträge zu, wenn vor der Ehe mindestens für 200 Wochen Beiträge entrichtet worden sind. Mit der Erstattung der Beiträge erlischt jedoch die durch das frühere Versicherungsverhältnis begründete Anwartschaft, d. h. die Versicherte verliert damit jeden Anspruch auf eine Rente im Falle vorübergehender oder dauernder Erwerbsunfähigkeit und die Aussicht auf die Uebernahme eines Selbstversicherung durch die Versicherungsgesellschaft. Den weiblichen Versicherten ist daher wiederholt in unserem Blatte dringend geraten worden, auf den Beitragserstattungsanspruch zu verzichten und die Versicherung in der Ehe, eventuell freiwillig fortzusetzen. Zur Erhaltung der Anwartschaft genügt bei versicherungspflichtigen Personen die Verwendung von 20, bei den zur Selbstversicherung berechtigt gewesenen Personen eine solche von 40 Beitragsmarken innerhalb zwei Jahren von Ausstellung der Quittungskarte ab. Die im Durchschnitt etwa 30 Mark betragenden Erstattungsbeiträge stehen somit in keinem Verhältnis zu dem Schaden, der den genannten Versicherten dadurch erwächst, daß sie durch die Erstattung der Beiträge ihre weiteren Ansprüche aus der Versicherung verlieren. Auch die geringen Kosten der Weiterversicherung (jährlich 10—20 Beitragsmarken in halbjähriger Ratenzahlung) können hierbei nicht ins Gewicht fallen. Obwohl nun hierauf seitens der Landesversicherungsanstalt Schlesiens in verschiedenen Flugzetteln und auch auf andere Weise belehrend auf die interessierten Bevölkerung eingewirkt worden ist, nehmen die Erstattungsanträge alljährlich eher zu als ab. Die Landesversicherungsanstalt beschließt daher ein die Nachteile der Beitragserstattung schärfendendes Flugblatt herzustellen zu lassen und den Standesämtern zur Ausbändigung an die versicherten weiblichen Personen

bei Bestellung des Aufgebots zu übersenden, eine Absicht, die sichert auf die Tätigkeit der Arbeitnehmers-Vertreter zurückzuführen ist und durchaus begründet werden muß.

Professor Dr. Semrau, Lehrer der Kunstgeschichte an unserer Universität, hat nach der „Breslauer Ztg.“ einen Ruf als außerordentlicher Professor für mittelalterliche und neuere Kunstgeschichte an die Universität Greifswald erhalten und angenommen.

Zum Landgerichtsdirektor in Breslau wurde der beim Hamburger Landgericht beschäftigte Landgerichtsrat Nowall ernannt.

Der Breslauer Bierkrieg war wieder einmal Gegenstand der Beratungen im Verein Schlesiener Gastwirte. Der Vorsitzende teilte mit, daß die Schutzkommission der Breslauer Gastwirte noch einmal an die Brauereibesitzer ein Schreiben abgeschickt habe. Sollte darauf eine zufriedenstellende Antwort nicht eingehen, dann werde der Bierkrieg erst seinen offiziellen Anfang nehmen. Gemeint ist natürlich der Krieg zwischen den Gastwirten und den Brauereien.

Die Uferbauten im Innern der Stadt, deren Dringlichkeit nach dem letzten Hochwasser sich immer mehr herausstellte, sind nunmehr von der Eisenbahnbrücke bis zum Lauffeg der Vorderbleiche (Klarenbrücke) beendet. Ferner fanden an der Volksschule Matthiasstraße 5 wie am Städtischen Bauhof 11—17 Aufführungen von massiven Ufermauern (Züttnermauern) statt. Die nicht unbedeutenden Kosten der jetzt recht standhaften und der stärksten Wassergefahr trotzen Uferbauten tragen zum Teil die beteiligten Abwärtigen, zum Teil die Stadtverwaltung. In weiterer Fortsetzung ist nun auch der höchst notwendige Uferbau unterhalb des Proviandmagazins an der Mikhelebrücke in Angriff genommen. Es erwachsen an dieser Stelle dem Uferbau auf Grund einer vorhandenen starken Strömung infolge des alten Müllers, der hier eingebettet liegt, nicht unerhebliche Schwierigkeiten. Zunächst mußten in einer Länge von 30 Meter, da das alte Bohlenufer längst untauglich war, tiefere Spundwände als sonst geschlagen werden. Ebenso mußte durch einen technischen Apparat die Gewalt der Strömung gemindert werden. Auch diese Uferbauten sind soweit geblieben, daß die Ausmauerung der Uferböschungen, die jetzt dem Garten des Proviandmagazins ein freundlicheres Ansehen verleihen, ihrer Vollendung entgegengehen. Nunmehr ist es Sache des Magistrats, dem Uferbau hinter der Volksschule an der Magazinstrasse nach dem von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen Projekt näher zu treten. Die hierfür aufzubewendenden Kosten läßt sich durch einen solchen und auf jahrelange Dauer berechneten Uferbau hinlänglich ausgeglichen werden. Der Fuchshof, sowie das anstehende Grundstück von Roschinski u. Co. waren früher ausgebeugt. Durch die ebenfalls neuen Uferbauten an beiden Grundstücken werden dieselben eingedeckt und der sich am Schloßwerberplatz hinziehende alte Damm wird längs des Stromes verlegt. Der Schloßwerberplatz erhält dadurch eine bedeutende Straßenverbreiterung, wird reguliert und gepflastert.

Breslauer Adreßbuch 1907. Im Interesse der Genauigkeit und Zuverlässigkeit des Breslauer Adreßbuchs hat der Verlag dieses unentbehrlichen Nachschlagewerks den Hauseigentümern, beginnend mit dem 1. Januar 1907, die Hauslisten für den Jahrgang 1907 zur Verteilung an die Haushaltungsvorstände jetzt zugehen lassen. Es ist dringend geboten, daß die Haushaltungsvorstände die Listen persönlich ausfüllen. Nur auf diese Weise wird die genaue Schreibung des Namens verbürgt und können die Wünsche der Eintragenden Berücksichtigung finden. Die Listen sind zu befüllen, Angabe der Sprechstunde usw. korrekt und zuverlässig zur Kenntnis der Adreßbuch-Redaktion gelangen. Selbständige Gewerbetreibende, denen eine besondere Eintragungsliste für ihr Gewerbe nicht zugestellt wurde, mögen vor allem auf sorgfältige Ausfüllung der einzelnen Rubriken in der Hausliste achten, da diese nunmehr als Grundlage für die Aufnahme im Gewerbenachweis benutzt wird. Die Abholung der Listen beginnt bereits am Donnerstag, 4. Oktober. Es ist daher erforderlich, daß die Ausfüllung der Listen sofort geschieht. Da nach dem Schluß des Vorbereitungsamtes — 31. Oktober — der um 2 Mark erhöhte Ladenpreis eintritt, empfiehlt sich die rechtzeitige Vorbestellung durch Eintragung in die Hauslisten. Wir verweisen auf das betreffende Inserat in der heutigen Nummer.

Stadttheater. Heute Dienstag werden Mascagnis Oper „Cavalleria Rusticana“ und Leoncavallos Oper „Pagliacci“ zur Aufführung gebracht. In den Hauptpartien sind die Herren Steinhilf (Turiddu), Dörwald (Alfio) und die Damen Korosec (Santuzza), Jaffe (Nina), Schereschewitz (Lucia) beschäftigt. In „Pagliacci“ singt Frau Verhulst die Nedda, Herr Trostorf den Camio, Herr Dörwald den Tonio, Herr Ober den Silvio, Herr Alde den Peppo. Mittwoch findet eine Wiederholung von Sebells Trauerspiel „Maria Magdalena“ mit Frauine Mayer, Frau Müller-Stegemann und den Herren Boh, Müller, Bernau, Sarnow, Barna statt. Am Donnerstag gelangt Richard Wagners „Siegfried“ zur Aufführung. Herr Trostorf singt den Siegfried. Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr. Freitag wird Frä. Eva von der Offen als Rose in Wagners Oper „Das Glöckchen des Eremiten“ gastieren. (Die Preise sind nicht erhöht.) Sonnabend wird Rich. Wagners „Lohengrin“ mit Herrn Günther-Braun in der Titelpartie gegeben.

Oper-Theater. Die Deutschemöbelle „Scherzo Solmes“ wird Dienstag und Donnerstag wiederholt. Mittwoch geht Johann Strauß Operette „Der Zigeunerbaron“ in Szene. Freitag wird Offenbachs Operette „Orpheus in der Unterwelt“ wiederholt. Am Sonnabend findet die Premiere von Karl Köhlers Lustspiel „Das Besenfeld“ statt.

Thalia-Theater. Als vierte Volks-Vorstellung der laufenden Reihe wird Gaddon Chambers Lustspiel „Die Zerkener der Kränen“ Mittwoch für Gruppe A, Freitag für Gruppe B aufgeführt. An der Abendkasse Bühnenverkauf.

### Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Achtung, Handwerksmeister. Mittwoch, den 2. d. Mts., Abends 8 Uhr, findet eine öffentliche Handwerksmeister-Versammlung im Restaurant „Zum klaren Strand“ der Ober-, Albalberstraße 10, statt, in der über den Stand der Lohn-Bewertung Bericht erstattet werden soll. Vollständiges Erscheinen ist daher erforderlich.

### Neueste Nachrichten.

#### Koloniales.

Berlin, 2. Oktober. Das Disziplinverfahren gegen den Gouverneur v. Dorn ist nunmehr überall eingeleitet worden. Der zur Zeit in Berlin auf Urlaub weilende Kaiser-Sekretär von Gouvernment Logo ist mit der Vornahme dieses Verfahrens betraut worden. Im Anschluß an die bereits vor einiger Zeit bekannt gegebenen Einzelheiten des traurigen Falles Dorn kann die „Preussische Zeitung“ mitteilen, daß im Disziplinverfahren gegen den Gouverneur als Vertreter der Staatsanwaltschaft fungierende Minister-Präsident gegen den Gouverneur Dorn fünf Jahre Haftstrafe verurteilt hat. — Wie die „Preuss. Ztg.“ hört, kann eine ganze Reihe von Beamten des Gouvernements Logo an der schweren Aufwärtigung vor, die die überaus traurigen Licht auf die Verhältnisse gerade dieser Kolonie werfen.

### Standesamtliche Nachrichten.

Todesfälle. III. Erhard, S. des Ausschalters Karl Sähge, 4 Mon. — Friedrich, S. des Müllers Alfred Kurad, 1 J. — Karl, S. des Kranführers Karl Neumann, 1 Mon. — Mühlentwischer Johann Wangelhöfer, 83 J. — Perberl, S. des Müllers Leopold Troffin, 1 J. — Gehilmer Medizinalrat Professor Dr. med. et phil. Hermann Cohn, 68 J. — Frau Auguste Ueber, geb. Lange, 65 J. — Charlotte, T. des Kaufmanns Wilhelm Kupczol, 7 W. — Hingerr-arbeiter Wilhelm Sorge, 60 J. — Erich, S. des Arbeiters Paul Dnarg, 2 St. — Mar, S. des Arbeiters Paul Dnarg, 3 St. — Postkutscher Eduard Kieß, 74 J. — Frau Maria Zadel, geb. Kieß, 77 J. — Ida, T. des Tischlers Max Ueber, 1 J. — Karoline Brielsch, geb. Stammer, 87 J. — Erna, T. des Arbeiters Paul Dnarg, 3 W. — Erhard, S. des Wagenbauers Eduard Neukirchner, 2 W. — Gerbard, S. des Bes.-Schornsteinfegermeisters Georg Sabisch, 1 St. — Georg, S. des Bes.-Schornsteinfegermeisters Georg Sabisch, 4 St. — Gertha, T. des Telegraphen-Auffsehers Wilhelm Kus, 15 St. — Frä. Kunstgärtner Oskar Kus, 57 J. — Paul, Kellner, 77 J. — Johann, S. des Wirtshausbesizers Johann Kupp, 11 Mon. — Gertrud, T. des Anführers Paul Vogt, 6 J. — Martin, S. des Arbeiters Oskar Kusler, 10 Mon. — Herbert, S. des Schuhmachers Paul Domino, 8 J. — Paul, S. des Arbeiters Karl Riedel, 8 Mon. — Gutarbeiter August Hübner, 88 J. — Frau Maria Kieweger, geb. Bilsch, 60 J. — Gertrud, T. des Maurers Guao Kofol, 3 Mon. — Klavierlehrerin Wilhelmine Sommer, 51 J. — Erna, T. des Schneiders Franz Grochowski, 5 Mon. — Elfe, T. des Kranführers Ernst Kleiner, 4 Mon.

Todesfälle. III. Kurt, S. des Hausalters August Penker, 2 Mon. — Monteur Paul Schade, 69 J. — Arbeiter Robert Seemann, 64 J. — Verehel. Arbeiter Martha Glasnek, geb. Diebler, 82 J. — Will, S. des Maurers Arthur Klose, 3 Mon. — Arbeiter August Nilsch, 42 J. — Martha, T. des Straßenbahnwärters Franz Bartel, 2 Mon. — Gertrud, T. des Hausalters Hermann Fischer, 20 J. — Müller Paul Hartmann, 48 J. — Gertrud, T. des Schlossers Fritz Hase, 8 Mon. — Bedienungsfrau Martha Deus, 51 J. — Kurt, S. des Wädel. Wilhelm Gehbauer, 8 W. — Wirtshaus-Besitzerin Clara Reichlein, 15 J. — Verehel. Buchhalter Elfriede Erdinger, geb. Linke, 59 J. — Schneiderin Clara Nilsch, 29 J. — Hausalters Hermann Münch, 62 J. — Hausbesitzer Julius Reiflin, 71 J. — Verwitwete Oberkassierin Luise von Kronhelm, 84 J. — Verehelte Gerichtskanzlerin Marie Wirtshaus, geb. Kottis, 87 J. — Pensionierter Lehrer Julius Scholz, 80 J. — Erwin, S. des Hausalters Paul Dnarg, 4 Mon. — Gertrud, T. des Arbeiters Arthur Niedergerlach, 1 J. — Mar, S. des Arbeiters Franz Kolbe, 3 Mon. — Hedwig, T. des Schneiders Max Vallarin, 1 J. — Wilhelm, S. des Juweliers Heinrich Guth, 9 Mon. — Oskar, S. des Arbeiters Wilhelm Weis, 12 J. — Verehel. Zimmerpolier Emma Reich, geb. Knoepfel, 59 J. — Verehel. Rentier Karoline Pohl, geb. Walter, 78 J. — Verw. Gärtner Johanne Hauschild, geb. Diebel, 75 J. — Erich, S. des Kutschers Josef Kuschel, 4 J. — Verw. Zimmermeister Marie Nilsch, geb. Jonas, 74 J. — Frä. Arbeiterin Wilhelm Thamer, 61 J. — Frä. Arbeiterin Julius Grohski, 80 J. — Herbert, S. des Schiffers Josef Weiler, 1 Mon. — Paul, S. des Vorlohnführers Karl Grundt, 2 Mon. — Gerichtskanzler Kurt Häber, 25 J. — Verw. Vormann Juliane Kraus, geb. Schwarz, 73 J. — Verw. Schuhmacher Marie Kufchate, geb. Schilde, 57 J. — Luise, T. des Arbeiters Paul Spiller, 1 J. — Hausbesitzer Paul Schubert, 60 J. — Verw. Kutscher Luise Stahr, geb. Schleich, 78 J. — Musikleiter Franz Sulin, 24 J. — Rentier Robert Wirtz, 61 J. — Verehel. Schmieb Anna Kofher, geb. Schaar, 51 J. — Arbeiter August Förster, 43 J. — Dachbeder August Wenzel, 24 J. — Parth, S. des Barbiers Rudolf Wagner, 1 Mon.

Todesfälle. IV. Pens. Weichensteller Ernst Häbner, 65 J. — Früherer Gutbesitzer und Hauptmann a. D. Karl von Sommerlat, 58 J. — Johannes, S. des Handbanners Franz Wohl, 4 Mon. — Arbeiterin Auguste Kluge, geb. Wehrländer, 83 J. — Früherer Bremereibereiter Rentier Martin Braun, 87 J. — Will, S. des Glaser Heinrich Hoff, 4 Mon. — Magistratsarbeiterin Karoline Haude, geb. Vogt, 47 J. — Kaufmannsrau Christiane Kubwig, geb. Thiesler, 75 J. — Herbert, S. des Schuhmanns Karl Vogt, 16 J. — Paul, S. des Monteurs Richard Dworatschek, 8 Mon. — Elisabeth, T. des Eisenbahn-Sekretärs Emanuel Herbe, 4 J. — Bahnwächterin Karoline Fleischer, geb. Konrad, 69 J. — Inwohnerwitwe Anna Kallik, geb. Wittich, 89 J.

#### Quittung.

Für die Stadtverordnetenwahlen gingen außer den bereits quittierten . . . . . 69.25 Mark noch ein:  
Liste 24 durch Stiller . . . . . 3.60  
Grilles . . . . . 0.50  
Gesellschaft bei Lange . . . . . 2.—  
Schloßhof bei Stante durch Christ . . . . . 3.10  
Bureau des Gew.-Arb.-Verb. . . . . 1.50

Zusammen 79.95 Mark  
Sammelisten sind im Parteisekretariat, Neue Grapenstraße 5, 2. Etage, zu haben.

### Meteorologische Beobachtungen der Abniglichen Universitäts-Sternwarte.

1. u. 2. Oktober.	Nachm. 9 Uhr.	Abends 9 Uhr.	Morgs. 7 Uhr.
Niederschlag (mm)	+ 14,4	+ 19,0	+ 5,2
Luftdruck bei 0° (mm)	765,0	765,8	765,7
Windrichtung (mm)	6,0	7,6	6,8
Feuchtigkeit (pCt.)	48	88	95
Wind (0—12)	WS	SW	SW
Wetter	wolkig	heiter	stetlich heiter

### Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienstag, den 2. Oktober.

	Gente früh 7 Uhr		Temp.-Ext.		Wetter	
	Temp.	Wind	Max.	Min.		
Rosenthal, Br.	4	SO 1	0	16	9	heiter
Reitberg OS.	4	SO 1	0	14	2	heiter
Habelschwerdt	1	SW	0	16	1	klar
Heilsch	7	SO 2	0	18	6	heiter
Ostrowo	8	W 2	0	18	8	klar

### Personen-Kalender.

Breslauer Arbeiter-Sekretariat Breslau. Abends 8 Uhr, 18/19. Spengel, Born. 11—1 Uhr, Nachm. 5 1/2—7 1/2 Uhr (außer Sonnabends Sabbat). Gewerkschafts-Kartell. Vorsitzender: Paul Höpner, Ringgasse 55/56. Kassierer: E. Seitzhan. Gewerkschafts-Kartell. Dienstag, den 2. Oktober: Handwerker und Gewerkschaftler. Abends 8 Uhr: Arbeiter-Versammlung. Mittwoch, den 3. Oktober: Arbeiter-Versammlung. Abends 8 Uhr, in der Aula. Arbeiter-Versammlung. Jeden Mittwoch: Arbeiter-Versammlung. Donnerstag, den 4. Oktober: Arbeiter-Versammlung.

**Tagelager-Verband.** Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung. Zimmer Nr. 3 u. 4.

**Arbeiter-Abstinenzband.** Mitglieder-Versammlung. Zimmer Nr. 5.

**Freitag, den 6. Oktober:**

**Töpfer-Verband.** Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im großen Saal.

**Sonntag, den 6. Oktober:**

**Tagelagerer-Krankenkasse (Hamburg).** Zahl- und Aufnahme-Abend, portiere links.

**Sonntag, den 7. Oktober:**

**Freie Turnerschaft.** Abends 6 1/2 Uhr: Quartals-Versammlung. Zimmer Nr. 2.

**Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:**

**Distrikt 3 (Gräßsener Vorstadt).**

Mittwoch, den 3. Oktober, Abends 8 Uhr, Zusammenkunft der Bezirksführer und sämtlicher Mitglieder im Distriktslokal, Gräßsenerstraße 44. Karten-Angabe zur Stadtverordnetenwahl. Bezirke 1, 2, 6-11. Mittwoch, den 3. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Wahlabend. Wahl eines Bezirksführers. Bezirke 16, 17 u. 18. Die für Dienstag angeordnete Zusammenkunft fällt wegen der Volksversammlungen aus; die Genossen werden ersucht, dafür Mittwoch Abend Gräßsenerstraße 44 zu erscheinen.

**Distrikt 5 (Böpelwitz).**

Donnerstag, den 4. Oktober: Zusammenkunft Böpelwitzstraße Nr. 19. Ansage der Hauslisten.

Bezirke 1, 2 u. 3. Dienstag, den 2. Oktober fällt wegen der Versammlungen die Zusammenkunft aus.

**Distrikt 6 (Nicolaitor).**

Bezirke 7, 8 u. 9 (Hilfsbrandstraße). Donnerstag, den 4. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder im Lokale C. Wichtige Besprechung über die Stadtverordneten-Wahlen.

**Distrikt 8 (Obertor).**

Sonntag, den 7. Oktober, früh 8 Uhr: Stadtverordnetenwahl-Agitation. Jeder Genosse hat sich im Distriktslokal Mehlgasse 52 einzufinden.

**Distrikt 10 (Sandtor).**

Dienstag, den 2. Oktober, Abends Punkt 8 Uhr, in Freig's Restaurant, Kreuzburgerstraße 15, Zusammenkunft der Mitglieder, Zahlabend, Abrechnung der Programme, Mitteilungen.

**Distrikt 17 (Schweidnitzer Tor).**

Freitag, den 5. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft aller

Bezirksführer und Vertrauensleute. Besprechung der Stadtverordneten-Wahl und Abrechnung. Kontobücher und Kontokarten sind mitzubringen.

**Distrikt 18 (Neue Stadt, Ostkreis).**

Donnerstag, den 4. Oktober, Abends 6 1/2 Uhr: Flugblattverbreitung.

Sonntag, den 7. Oktober, früh von 7 Uhr ab: Volkswacht-Agitation vom Distriktslokal Kleine Grodengasse aus.

**Bezirk Rosenthal.**

Donnerstag, den 4. Oktober, Abends 8 Uhr findet für alle organisierten Arbeiter eine Besprechung im Lokal der Frau Büchel in Rosenthal statt.

**Land-Distrikt 2 (Stabelwitz, Herrnhut und Marschwitz).**

**Bezirk Deutsch-Bissa und Stabelwitz.** Sonntag, den 7. Oktober, Vormittags 10 Uhr: Zusammenkunft. Abrechnung von Wahlen im bestimmten Lokal.

**Land-Distrikt 3 (Bezirk Groß-Morhern).**

Zusammenkunft der Mitglieder am Sonntag, den 7. Oktober, Vormittags 10 Uhr im bekannten Lokal. Zahltag.

**Land-Distrikt 4.**

**Bezirk Dorf Gräßsener.** Sonntag, den 7. Oktober, Vormittags 10 Uhr: Zahltag bei Rudolph.

**Land-Distrikt 7.**

Mittwoch, den 3. Oktober: Distriktszusammenkunft bei Pohl in Rosenthal.

**Land-Distrikt 8.**

Mittwoch, den 3. Oktober: Zusammenkunft der Mitglieder in Friedewalde.

**Freiburg. Gewerkschafts-Kartell.** Donnerstag, den 4. Oktober, Abends 8 Uhr: Sitzung in der „Germania“. Vollständiges Erscheinen der Delegierten erwartet. Der Vorstand.

**Freiburg. Deutscher Arbeiterverband.** Donnerstag, den 4. Oktober, Abends 8 Uhr: Versammlung in der „Germania“. Thema: „Partei und Gewerkschaft“. Referent: Handwerker Karl Dietrich. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

**Freiburg. Wahlverein.** Sonntag, den 7. Oktober, Nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung in der Germania. Tagesordnung: 1. Bericht vom Parteitag. 2. Bericht über Genosse Felmann. 3. Diskussion. 4. Beitragserhebung. 5. Verschiedenes. Genossen, da diese Versammlung wegen des Parteitagberichts auch für unsere Frauen sehr interessant und wichtig ist, so sorgt für zahlreichen Besuch der Frauen, die im Segment angelaufen werden. Der Vorstand.

**Siegnitz. Sozialdemokratischer Verein.** Donnerstag, den 4. Oktober, Abends 8 Uhr: Versammlung. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. 2. Aufstellung der Kandidaten. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Genossen zu erscheinen. Der Vorstand.

**Goldberg. Sozialdemokratischer Verein für Uganitz-Goldberg-Gehnan (Ortsgruppe Goldber).** Sonntag, den 6. Oktober, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gasthof zum neuen Hause. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird dringend ersucht. Der Vorstand.

**Altwasser. Große Volksversammlung** Mittwoch, den 3. Oktober, Abends 7 1/2 Uhr, im Gasthof zur Krone. Tagesordnung: Der Relaisunterricht in der Volksschule. Referent ehemaliger Lehrer Otto Mühle-Weidzig. Besonders sind die Frauen an dieser so wichtigen Versammlung eingeladen.

**Waldenburg. Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter von Waldenburg und Ungeneb.** Sonntag, den 7. Oktober, Nachmittags 2 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung im Gasthof zur Krone in Altwasser. Tagesordnung: 1. Welchen Wert hat die gewerkschaftliche Organisation für die am schlechtesten bezahlten Arbeiter und Arbeiterinnen? 2. Gewerkschaftliches und Wirtschaftliches in den Betrieben. Referent zur Stelle. Pflicht eines jeden Arbeiters ist, an der Versammlung teilzunehmen.

**Gleiwitz. Kartell.** Donnerstag, den 4. Oktober: Sitzung. Pünktliches Erscheinen notwendig.

**Gleiwitz. Große öffentliche Handels- und Transportarbeiter-Versammlung** Sonntag, den 7. Oktober, Nachmittags 5 Uhr, im Gemeinschaftslokal, Leichgasse 3. Tagesordnung: Wer besitzt und betreibt die ober-schlesischen Handels- und Transportarbeiter. Referent: R. Becker-Gleiwitz. Die Genossen, die mit Handels- und Transportarbeiter zusammen kommen, werden ersucht, diese auf die Versammlung zu verweisen.

**Kattowitz. Frauen-Bildungsverein.** Donnerstag, den 4. Oktober, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Kolonies Vereinszimmer, August-Schneiderstraße 9. Tagesordnung: 1. Vortrag über die Rechte der Zukunft. (Die Referentin wird in der Versammlung bekannt gegeben.) 2. Aufnahme neuer Mitglieder. Frauen aller Stände, auch Nichtmitglieder sind hiemit eingeladen. Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Theodor Müller. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oskar Schö. — Druck von Th. Schatzky & Co. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

**Stadt-Theater.**

Dienstag: „Cavalleria rusticana.“

Mittwoch: „Saluzzi.“

Donnerstag: „Maria Magdalena.“

Freitag: „Eugenie.“

**Robe-Theater.**

Dienstag: „Eberhard Dolmer.“

Mittwoch: „Der Zigeunerbaron.“

Donnerstag: „Eberhard Dolmer.“

**Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.**

Mittwoch Gruppe A, 4. Vorstellung: „Die Tyrannin der Tränen.“

Freitag Gruppe B, 4. Vorstellung: „Die Tyrannin der Tränen.“

**Lieblich's Etabl.**

Gänzlich neues Programm.

Anfang 7 1/2 Uhr.

**Victoria-Theater** (Zinnenauer Garten).

Neues Programm.

**12**

Attraktionen.

Sons an Wochentagen gültig.

Anfang 7 1/2 Uhr.

**Besseres Logis**

an der Waser, Waserstraße 1-2, 3. Etz. Hensch. 4318

**Saison-Eröffnung.**

Hierdurch mache ich bekannt, daß zur bevorstehenden

**Winter-Saison**

mein Lager in

**Paletots, Anzügen, Joppen, Beinkleider,**

z. i. v. auf das Beste sortiert ist.

**Paul Brunnitzer**

Ostländerstraße 18 I. Etage

**Dr. med. Horn**

Spezialarzt für Sanitätsfragen, Darm- und Nierenleiden.

Königsstraße 1 4318

(Ecke Schweidnitzerstraße).

Sprechstunden 9-11 u. 2-4 Uhr.

**Stoffrester**

in Ansehen u. Herren, auch zu Kostümen, werden äußerst billig.

Carl Wenzel, Neustadt C. Schl. Runzendorferstraße.

**Alle und neue Möbel!**

Exzellenz: ganze Kücheneinrichtungen zum Preise von 28 Mk. an zu verkaufen.

3717 Tischlerlei, Ursulinerstr. 14.

**Heritage! 4 Stück 10 Pfg. Wandel 35 Pfg.**

empfehlen

**Kaiser & Kainer**

Friedrich-Wilhelmstraße 50

Gräßsenerstraße 12 [3946]

Vorwerkstr. 75, Mauritiusstraße 14.

**Damen-Filzhüte**

billigst direkt Filzhüte in d. Fabrik

Neue Grasenstraße 11, Hof. Freund & Krebs.

Filzhüte werden modernisiert.

**Feinste Tafelbutter**

das Pfund 1.30 Mk. [4300]

Paul Pfennig

Nr. 52 Altschneeberg Nr. 52.

**Auf Kredit Möbel**

für Mk. 98.— Anzahlung Mk. 10.—

für Mk. 198.— Anzahlung Mk. 20.—

für Mk. 298.— Anzahlung Mk. 30.—

**Einzelne Möbel**

Anzahlung von Mk. 5.— an.

**S. Osswald,**

Schneidstraße 74, 1, 2, 4. Etage.

Kataloge gratis und franko.

Kredit auch nach auswirts.

**Volksvorstellung 1906/7**

(Thalia-Theater).

**I. Aufführung.**

Sonntag, den 7. Oktober 1906

Nachmittag 3 1/2 Uhr:

**Gespenster**

von Henrik Ibsen.

Preise der Plätze:

I. Rang 0.70, Parquet und Orchester 0.60, Balkon und Sperrsig 0.50, Seiten-Balkon 0.40, III. Rang 0.20, Galerie 0.10.

Zu haben in der Expedition der Volkswacht, sowie bei den Holzportieren.

**Bär auf der Orgel**

Ampereschmiedstraße — Radlergasse.

Empfehle meine großen, neu renoviert. Vereinszimmer den verehrl. Vereinen einer gereinigten Beachtung.

Jeden Sonnabend: Eisbeine.

Dienstag, den 2. Oktober: Großes Wurst-Abendbrot.

Es ladet ergebenst ein

Der neue Wirt Richard Klose.

4317

Die Niederlage der Arotsohiner Branereien befindet sich jetzt 4310

**Striegauerplatz 5/7 (Schweizerhof).**

Sobald neu erschienen:

**Sozialdemokratie und Antisemitismus**

von August Bebel.

Rede auf dem soziald. Parteitag in Berlin.

Preis 30 Pfg.

Zu haben in der Expedition der „Volkswacht“.

Sobald erschienen:

**Arbeiter-Notizkalender für 1907.**

Preis 60 Pfg.

Zu haben in der Expedition der „Volkswacht“.

**Seelig's kandlerter Korn-Kaffee**

nur in Original-Paketen.

Vollkommenster Kaffee-Ersatz, weit schmackhafter als Malzkaffee.

Gratisproben & Niederlagen-Verzeichnis durch Emil Seelig A.-G. Heilbronn a/N.

Mein Geschäft befindet sich jetzt

**Klosterstraße Nr. 17**

nahe der Großen Feldstraße. 4288

**Adolph Stein**

Leinen, Modewaren, Schuhe, Damen-, Herren- u. Kinder-Konfektion.

**Kredit!**

Anzahlung: Nebenache Abzahlung nach Wunsch.

**Möbel** einzelne Stücke — ganze Einrichtungen

**Anzüge, Ueberzieher**

Betten, Kinderwagen, Teppiche, Gardinen.

**Max Biermann,**

Breslau, Ring 51, I., neben der Stadtgasse.

Filiale: Waldenburg I. Schl.

Auch nach auswärts.

4312

**Hausfrauen!** Zum Polieren und Reinigen der Möbel und Pianos aller Holzarten gebraucht Sie am besten

**Mühlberg's Möbel-Reinigungs-Politur.**

Reicht zu handhaben für jedermann! — Zu haben in allen Drogeriegeschäften und Möbelhandlungen Schlesiens und Polens. Man achte genau auf den Namen Mühlberg und weiße Nachahmungen zurück.

kleiner Fabrikant Cl. Mühlberg, Breslau II.

Die neueste Nummer des

**„Wahren Jakob“**

ist in der Expedition der „Volkswacht“ zum Preise von 10 Pfg. zu haben.

Das beleidigte Parlament.

(Eigener Bericht.)

Vor der Strafkammer des Erfurter Landgerichts haben sich heute die Redakteure Genossen Dornheim und Stange vor unserem hiesigen Bruderblatt, der „Tribüne“, wegen angeblicher Beleidigung des preussischen Abgeordnetenhauses zu verantworten. Der Prozeß hat eine recht interessante politische Vorgeschichte. Die „Tribüne“ hatte im Laufe des Mai die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses über den Fall Schoene-Broschusen, die Schulvorlage u. a. in mehreren Artikeln scharf kritisiert. Sie hatte von einem Kaufe des Unrechts und der Schande gesprochen, von dem Ehre und Recht keinen Schutz zu erwarten hätten, hatte das Abgeordnetenhaus das verachtete Parlament der Welt genannt, das eine Welt für sich bilde und außerhalb der Intelligenz liege. Kein Parlament habe so schlechte Sitten wie das preussische, dessen Verhandlungen nichts weiser seien, als eine abgekartete Komödie. Die „Tribüne“ epstellerte an einer anderen Stelle an die Öffentlichkeit, an die Massen brauchen von der geschändeten Tribüne des Abgeordnetenhauses aus. Nur eines könne in diesem Hause helfen, heißt es in einem anderen Artikel: daß ein Mann darin aufstehe, der ihm seine ganze Schande und Verworfenheit ins Gesicht schreie, der ihm verleihe, daß es weder die Fähigkeit, noch die innere Berechtigung habe, in großen Volksfragen ein Wort abzugeben, ein Mann, der nicht zu den lauben Geistes im Saale spräche, sondern die Väter und Mütter im Lande draußen aufriefe gegen dieses Haus zum Schutze ihrer Kinder. Aber dieses eine Postulat nicht, denn auf dieser Plattform herrsche die Friede.

Während dieser Redaktionen beantragte die Erfurter Strafkammer, beim Abgeordnetenhaus die Strafverfolgung der „Tribüne“ zu beantragen. Schon vorher war beim Abgeordnetenhaus ein Besuch der Düsseldorf Staatsanwaltschaft um die Erlaubnis zur Strafverfolgung der „Tribüne“ eingelaufen, die ihrerseits ebenfalls das Abgeordnetenhaus beleidigt haben sollte. Als der scheidende Beschuld der Geschäftsvermittlungskommission im Plenum zur Verhandlung kam, kündigte der konservative Abgeordnete Kretschmer v. Erfssa, der den zu dem Verleumdungsbezug der „Tribüne“ gehörenden Kreis Schenkungen im Landtage vertritt, an, daß der Düsseldorf Fall der letzte sein würde, mit dem die Konservativen das Prinzip der Ablehnung von Strafanträgen aufrecht erhalten würden. Er nannte die Artikel der „Tribüne“ gemein und forderte eine strenge Anwendung der Gesetze gegenüber diesen „sozialdemokratischen Ausschreitungen“. Nach dem Wiederzusammentritt des Landtags gelangte dann der Antrag der Erfurter Staatsanwaltschaft im Plenum zur Beratung, und mit Ausnahme der Freimüthigen stimmten diesmal alle Parteien der Strafverfolgung der „Tribüne“ zu, mit der „ein Exemplar statuiert“ werden sollte.

Die daraufhin gegen unser Bruderblatt erhobene Anklage stützt sich auf die Paragraphen 185 (formale Beleidigung) und in einem Falle auf 186 (nicht erweislich wahre Tatsachen). Hier wollen die angeklagten Redakteure einen Wahrheitsbeweis führen und haben durch ihren Verteidiger, den Reichs-tagsabgeordneten Rechtsanwält Heine-Berlin, mehrere Sachverständige und Zeugen laden lassen. Den Vorsitz in der Verhandlung, über die wir berichten werden, führt Landgerichtsdirektor Winkler, öffentlicher Ankläger ist Staatsanwalt Kunze. Neben den Verleumdern sind die Charakteristika des hiesigen Parlaments überaus bezeichnend: Prozeß werden wir eingehend berichten.

Bildungskurse während eines Streiks.

Wir lesen in unserem Bremer Parteiblatt: Gegenwärtig wird die Frage der Arbeiterbildung mit Lebhaftigkeit diskutiert. Von allen Seiten wird bestritten, daß es bei dem Diskutieren allein nicht geblieben ist. In einigen Städten ist man durch entsprechende Institutionen dem Bildungsbranche der Arbeiterklasse entgegengetreten; neuerdings hat die General-Kommission ihren ersten Bildungskursus eröffnet, der allerdings von zu kurzer Dauer ist; demnächst wird auch der Parteivorstand in Berlin seine Ausbildungskurse für Parteifunktionäre eröffnen. Besser aber als alle diese Einrichtungen sind solche, die die Teilnahme der breiten Masse der organisierten Arbeiterklasse ermöglichen. Zwar wird es gegenwärtig an brauchbaren Lehrkräften fehlen. Sobald es aber durch größere Betätigung der Arbeiter-Organisationen auf diesem Gebiete Genossen ermöglicht wird, eine Erfahrung in der Unterrichtserteilung zu finden, wird auch die Zahl der brauchbaren Lehrkräfte sich vervielfältigen. Ein großes Gemisch bei einer solchen Einrichtung von Lehrkursen für Arbeiter ist, abgesehen von der physischen Anstrengung, die ihnen die lange, schwere Fron im Dienste des

Kapitalismus auferlegt, der Umstand, daß die Arbeiter über außerordentlich wenig freie Zeit verfügen, um sich mit Gründlichkeit dem Studium hingeben zu können. Aber es gibt Zeiten, wo der Arbeiter in dieser Beziehung viel besser dastehen, so beispielsweise dann, wenn er im Streik liegt. Die Streikzeit ist für ihn eine Zeit der Erweiterung des Klassenkampfes, der Erweiterung des Wissens, wenn die Gewerkschaften nach dem Streik eine, oder bei größeren Streiks mehrere Lehrkräfte jenseits der Streiklinie. Täglich können mehrere Abteilungen an solchen Bildungskursen teilnehmen. Ohne Zweifel würde dadurch das Wissen nicht unbedeutend erweitert werden, die kulturelle Bedeutung des Kampfes der Arbeiterklasse eine bessere Wertschätzung finden. Bei verlorenen gegangenen Streiks würde der Mittelstand und in den betriebslosen Zweigereien ganz erheblich herabgemindert werden; gerade bei verlorenen gegangenen Streiks, die in der Regel geraume Zeit angefallen haben, wäre also den Streikenden Gelegenheit geboten, ihr Wissen wesentlich zu bereichern. Sie würden also auch die Momente, die die Niederlage herbeigeführt haben, besser erkennen und zu würdigen wissen und nicht durch Austritt aus dem Verbande ihren Unmut kundtun, sondern Kräfte und Mittel für einen neuen Vorstoß sammeln und das Verbundleben rege erhalten. Es kommt hinzu, daß sie aber auch tüchtigere Arbeiter für die Klassenorganisationen der Arbeiter finden würden, als sie es bisher waren. Die Nicht-aufmerksamer viel mehr von der Straße ferngehalten und dadurch den Provokationsgefahren, herausgeschworen durch Polizei und Streikbrecher, zum guten Teile entzogen würden. Wir sehen also, daß rein finanziell die Gewerkschaften nicht allzuviel aufzuwenden hätten. Bei verlorenen Streiks würde das Band unter den Mitgliedern ein viel innigeres und die Betätigung im Emanzipationskampf der Arbeiterklasse eine weit fruchtbringendere sein. Im Vergleich zu den Ausgaben, die für einen Streik überhaupt gemacht werden müssen, spielen die paar Tausend Mark, die für den angeregten Zweck aufgewendet wurden, eine unbedeutende Rolle.

Die Vorkämpfer der „Bremer Bürgerzeitung“ seien hiermit den Gewerkschaften unterbreitet. In vielen Fällen wird leider kein Gebrauch davon gemacht werden können, weil bei längeren Ausständen, die Streikenden, soweit sie nicht als Kosten und zu sonstiger Tätigkeit gebraucht werden, zur Entlassung der Streikliste in andere Arbeitsgebiete abgehoben werden müssen.

Der deutsche Arbeiter in Zürich.

Das laufende Jahr hat in der Stadt Zürich eine Reihe von Streiks gebracht, die eine bisher noch nie gesehene Verschärfung der Klassengegenüber brachte. Das hat zur Folge, daß die Kämpfe zwischen Arbeiterklasse und Unternehmertum einen unerbittlich leidenschaftlichen Charakter annahmen und daß die Regierung des Kantons Zürich sich rücksichtslos zum Werkzeug des wütenden Bürgertums machte.

Zürich steht unter dem Zeichen der schandbarsten Reaktion.

Die wild gewordenen Epische begnügten sich aber nicht damit, die Regierung so sehr als möglich zu machen, sondern sie suchten, die Wut der Bürgerschaft auch dadurch anzukurbeln, daß sie eine schamlose Ausländerhetze inszenierten und die gesamte bürgerliche Presse den Versuch machte, dem Kampf gegen die organisierte Arbeiterklasse einen nationalen, geradezu haubtstücklichen Anstrich zu geben, um die Meinung zu verbreiten, als ob nur die Ausländer die Schuld an den leidenschaftlichen wirtschaftlichen Kämpfen zu tragen hätten.

Der Versuch ist ihnen in weiten Volkskreisen leider nur zu gut gelungen und die schamlos lügenhafte Heharbeit hat weit herum eine unerhörte Erbitterung gegen die deutschen und italienischen Arbeiter hervorgerufen.

Das zeigte sich in seiner widerwärtigsten Form, als Folge des Streiks, insbesondere im Baugewerbe, die Staatsgewalt erst durch die Polizei und dann durch die Milizgeboten mit einer Rohheit und Brutalität gegen die Arbeiter vorgeht, die der zarischen Polizeistellen würdig gewesen wäre. Die empfindlichsten Gewalttaten richteten sich während dieser Zeit hauptsächlich gegen die Ausländer, und wenn ein Deutscher sich nur eine Bemerkung gestattete, so riskierte er nicht etwa nur, verhaftet zu werden, sondern er wurde von der Polizei in der rohesten Weise mit Knütteln und Schlagstöcken und Schlägen mißhandelt. Ja, es ist sogar von der Regierung zugegeben worden, daß verhaftete Ausländer in der Militär-Kaserne mit Ketten und Fesseln eingeschlossen wurden. Und das in Gegenwart

schweizerischer Offiziere, ja es waren sogar Offiziere selbst, die gebeitelt haben.

Weber die Regierung, noch die Militärbehörden sind dagegen eingeschritten. Im Gegenteil, die Regierung des Kantons Zürich hat die Schandthaten der Reaktion lebhaft mitgemacht und hat sie schließlich damit getönt, daß sie eine große Zahl von Arbeitern, es sind ihrer über dreihundert, aus ihrem Staatsgebeten ausgewiesen hat. Zum Teil wegen der kleinlichen Verletzung von Polizeivorschriften wurden die Leute des Landes verwiesen, Leute, die seit Jahren hier ansässig sind, Leute, die Familie hier haben und für die die Ausweisung den ökonomischen Ruin bedeutet.

Der Fremdenhaß ist berart angeflammt und großgezogen worden, daß der deutsche Arbeiter geradezu als ein Mensch niedriger Klasse betrachtet wird.

Daneben hat sich die Wut des Bürgertums auch gegen die gesamte Arbeiterklasse gerichtet und hat zu schamhaften Maßnahmen geführt, die selbst für Sachkenner und Breiten unerhörte waren. Im ganzen Kanton ist das Streikverbot in hohem Maße verbreitet worden. Gegenwärtig werden alle Anstrengungen gemacht, ein richtiges Buchausgesetz einzuführen, und am schwersten treffen die neuen Bestimmungen wieder die Ausländer, die auf die blödsinnigsten Polizeitrappsteine hin ausgewiesen werden.

Der Kampf der Arbeiterklasse für die Verbesserung ihrer Lebenshaltung ist darum in Zürich außerordentlich erschwert und das Schamacherregime hat es den Ausländern fast unmöglich gemacht, sich daran zu beteiligen.

Die deutschen Arbeiter haben daher gerade jetzt nicht das geringste Interesse daran, nach Zürich zu kommen, um sich den schandbarsten Verhöhnungen und Mißhandlungen auszusetzen. Vielmehr liegt es in ihrem eigenen Interesse, den schweizerischen Genossen den Kampf nicht dadurch zu erschweren, daß sie der Arbeiterschaft für die Unternehmung gütig gestatten.

Die deutschen Arbeiter werden daher eher einbringlich erwartet, sich in diesem und dem kommenden Jahre nach Zürich zu begeben, wenn sie fern bleiben, helfen sie am besten, der Sozialdemokratischen Reaktion in kürzester Zeit eine feste Schranke zu setzen.

Aus den Gerichtssälen.

Um die Entschädigungen der Vorstandsmittelglieder von Orts-Krankenkassen.

handelte es sich bei einer wichtigen Entscheidung des preussischen Oberverwaltungsgerichts in Sachen der Allgemeinen Orts-Krankenkasse der vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburg. Der § 40 des Kassensatzes lautet: Die Mitglieder des Vorstandes verwalten ihr Amt als Ehrenamt unentgeltlich; der ihnen durch Wahrnehmung der Vorstandsgeschäfte erwachsende Zeitverlust oder entgangene Arbeitsverdienst, ebenso ihre haren Auslagen, werden ihnen von der Kasse ersetzt. Soweit höhere Aufwendungen nicht nachgewiesen werden, erhält jedes Vorstandsmittelglied für seine Teilnahme an Amtshandlungen jedes Mal 1 Mark, der Kassen-Vorsitzende aber für Zeitverdienst bei der Erledigung der laufenden Verwaltungsgeschäfte ein monatliches Pauschquantum von 25 Mark. Die Generalversammlung der Kasse vom 29. April 1905 beschloß nun einstimmig, den § 40 unter Aufrechterhaltung seiner sonstigen Fassung dahin zu ändern, daß an Stelle des Satzes von 1 Mark ein solcher von 3 Mark und an Stelle des Pauschquantums von 25 Mark ein solches von 50 Mark zu treten habe. Der Bezirksausschuß in Potsdam verweigerte seine Genehmigung zu dieser Statutenänderung und vertrieb in mündlicher Verhandlung bei diesem Entschiede, nachdem der als Kommissar für Wahrnehmung des öffentlichen Interesses ernannte Stadtrat Boll die Erhöhung der Entschädigungssätze mit allerley „Gründen“ bekämpft hatte. Der Bezirksausschuß berief sich auf § 34 a des Krankenversicherungsgesetzes, wonach die Mitglieder des Vorstandes ihr Amt als Ehrenamt unentgeltlich verwalteten, sofern nicht durch das Statut eine Entschädigung für den durch Wahrnehmung der Vorstandsgeschäfte ihnen erwachsende Zeitverlust und entgangenen Arbeitsverdienst bestimmt wird. Die beschlossene Erhöhung der Entschädigungssätze wurde daher verworfen, da nicht der Nachweis erbracht sei, daß eine Steigerung des Zeit- und Verdienstverlustes der Vorstandsmittelglieder herbeigeführt wäre, so daß die jetzigen Entschädigungssätze für den Charakter der Ehrenamtlichkeit annehmbar. Auch die Entschädigung des Vorsitzenden in bisheriger Höhe sei angemessen, denn die eigentliche Leitung der Kasse liege einem Direktor ob, der 5000 Mark Gehalt beziehe.

Die Kasse, vertreten durch den Vorstand, legte beim Oberverwaltungsgericht Berufung ein. Es wurde unter anderem geltend gemacht, daß sich die geplanten Entschädigungen durchaus

Mannheimer Brief.

VI.

Nützliche Arbeit hat der Parteitag in seinen beiden letzten Tagen geleistet. Und vor allem — gute Arbeit! Die Erledigung der Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaften wird jedermann befriedigen, um so mehr, als der betreffende Beschluß, die Resolution Bebel mit dem Amendement Kautsky und der weiteren Amendierung derselben durch Bebel-Regien, fast einstimmig angenommen wurde. Der hochsichtige Streik, der anarcho-sozialistischen Gruppe, tendenziös zugeführte Auszüge aus dem geheimen Protokoll der Gewerkschaftskonferenz zu veröffentlichen, um damit einen tiefen Abbruch zwischen Partei und Gewerkschaften zu verursachen, hat in letzter Linie das Gegenteil herbeigeführt, die Verständigung und den engeren Zusammenhalt heilbar.

Von einer Erledigung der beiden anderen wichtigsten Punkte der Tagesordnung kann man füglich nicht reden. Und der Reiz der Delegierten bestand hier lediglich in fleißigem Zuhören. Dazu gaben Genosse Schulz wie Genossin Zeitlin als Referenten für die Strafrechtsreform reichliche Gelegenheit. Das soll gewiß kein Tadel sein, im Gegenteil, denn drei Genossen geduldet uneingeschränkte Anerkennung für ihre treffliche höchst anstrengende Arbeit, für Genossin Zeitlin so anstrengende Arbeit, daß sie noch vor Vollendung derselben zusammenbrach. Um so bedauerlicher ist es, daß jene geduldeten Ausführungen der Referenten nicht ihre notwendige lebendige Resonanz in entsprechender Debatte fanden. War das Material in dem Referat reich, sehr reich, so wäre es durch die Debatte überflüssig geworden. Wie die Behandlung einer öffentlichen Frage ihres akademischen Charakters entkleidet, den das Referat ihr notwendig gegeben, durch Diskussion lebendig wird, haben am besten seiner Zeit die Debatten über Schulfragen, Landarbeiterfrage zc. auf dem ersten Preussentage gezeigt.

Genau hat der Parteitag mit großem Bedauern Entschädigung geleistet und die Schul- und Erziehungsfrage vertrat, die Straf-

rechtsfrage durch einfache Annahme der Thesen des Referenten „erledigt“. Was sollte man auch machen? Die beiden Punkte oder wenigstens einen der beiden ganz verlagern? Aber wer kann garantieren, daß der nächste Parteitag mehr Zeit zur gründlichen Erledigung solcher Fragen haben wird? So bist man in den lauren Apfel, überzeugt, daß man im Lande nicht zufrieden sein werde mit dieser nur scheinbaren Erledigung so wichtiger Fragen.

Immerhin gewann der Parteitag durch seine Entschädigung noch fast vier Stunden für die Erledigung von Anträgen. Man hätte schon gewünscht, daß es wieder zum „beschlüsslichen Ende“ kommt über. Für manche Anträge ist das ein verstandenes Schicksal, aber bei solchen Wägen fallen meist auch gute, nützliche Anregungen zum Opfer. Der Antrag Breklauß, der die entschiedenere Agitation gegen den Militarismus fordert, war auch noch von anderer Seite eingegangen und fand in Karl Liebknecht einen energiegeladeneren Verteidiger, in August Bebel einen nicht minder entschiedenen Gegner. Und aus Gründen, die man im Parteitagbericht nachlesen mag, fiel der Antrag. Etwas besser schied der Antrag unserer obersteinsten Genossen ab, der die tägliche Herausgabe der politischen Parteizeitung forderte. Er wurde dem Parteivorstande zur Berücksichtigung überlassen, wobei dieser allerdings ganz nach eigenem Ermessen entscheiden kann. Nun, wir dürfen hoffen, daß man doch endlich ernsthaft etwas für die Erödterung dieses wichtigen Agitationsmittels tut wird.

Der Parteitag ist zu Ende und alle Teilnehmer eilen beim zu neuer Arbeit, neuen Kämpfen für die große Sache. Und wenn die Delegierten der Partei sich im nächsten Jahre mitten im Herzen des rheinischen Industriegebietes, in dem schillerndsten Offen, der Residenz des rheinischen Landes, ver sammeln, werden sie von neuen Erfolgen der vorwärtsdringenden Sozialdemokratie berichten. Dazu wird gewiß der Mannheimer Tag viel beigetragen haben, denn er hat die innere Einheit der großen Arbeiterbewegung Deutschlands gefestigt und uns neue Aufgaben im nächsten Kampfe gegeben.

Lobe-Theater.

Donnerstag, den 29. September 1906.

Orpheus in der Unterwelt. Operette von Felix Salzer. Musik von J. Offenbach.

Wenigen Bühnenwerken ist es beschieden, ein ganzes Zeitalter in Art und — besonders! — Unart so neu wiederzuspiegeln wie dieses leichtgeschürzte Operettchen es tut. Die Epoche des dritten Napoleon's strahlt, nicht nur in dem übermächtigen Werkchen. Eine merkwürdige Wirtschaft dieses zweiten Kaiserreich! In der Spitze schon der „gemalte“ Monarch, der Kasse schlotternd in den viel zu weiten Stiefeln des großen Ohms, ist er nicht eine rechte Operettenfigur? Wie parodistisch mietet es nur an, wenn er bei einem missglückten Bandungsversuche einen zahmen Adler mit einem Stück Speck im Gute fohert, um sich gleichsam durch dieses Wappentier der Bonapartes als echt zu erweisen! Und hinter ihm seine Granden, dieses Adressenbuch aus allen Jagen, das ihm großen Namen eifrig seine Blüten deckt und demütigt ist vor der kumpf herantollenden Einsicht maßlos viel Beile Zusatzmengen zu lassen!

Kein Wunder, daß in der bildenden Kunst dieser Zeit das Vorbild üblich wurde und daß die Epoche musikalisch beherrscht wird von Offenbach's parodistischen Operetten, die einen bewegten Wandersmann zurhause der Bildung, die Sagenwelt der gelehrten Götter und Helios mit Abenden Spott übergeben. Offenbach und seine Altkristen haben für ihre Zeit geleistet und so sind manche Einzelheiten uns heute unverständlich geworden. Der dritte Napoleon hatte die öffentliche Meinung zur Dürre gemacht, und so war es eine blühende Höhenwelt, die den Künstler an den Dipsolen, wenn sie die Figur der öffentlichen Meinung in der Operette von einer absterbenden Dürre darstellten ließen.

Uns fehlt heute vor allem auch der Höhenreichtum jener Zeit, der sinnbetäubende Kantan, in dem ein großes Kulturvolk unter Vorwand einer Hand voll weltgeschichtlichen Hochschalern dem Abgrund zurechtelte.

Der innere Reichtum des Geistes ist ein gemindert durch den Hauser Offenbach'ser Kunst. Die edle Kunst liegt nicht wie das gesprochene Wort zur Reife machen, und sie blühen wie und so selbstig reine Melodien auf, welche Wunderklänge eines eigenen Schillertraum.

Die Künstler so wenig wie die Zuschauer haben noch den Abstraktismus des modernen Naturalismus in den Händen. Es werden

Im Rahmen des gerichtlich Zulässigen stellen und lediglich Entschädigungen für Zeitverlust und entgehenden Arbeitsverdienst sein sollten. Dafür, daß sie nicht zu hoch seien, wurde dann ein sehr beschränkter Betrag angeboten. Hervorgehoben wurde die große Zunahme der Kassensammler seit Festsetzung der bisherigen Entschädigungen. Damals 17 bis 18,000, habe die Kasse jetzt über 30,000 Mitglieder. Für die Entschädigungen der Vorstandsmitglieder können die Einnahmen in Betracht, für den Vorsitzenden weitere Kassengelder.

Der dritte Senat des Ober-Verwaltungs-Gerichts beauftragte das Urteil des Bezirksausschusses zwar, aber aus anderen Gründen, indem er durch Blicken ließ, daß er den erhöhten Pauschalatz für den Vorsitzenden genehmigt haben würde, wenn die Statutenänderung nicht als etwas Einzelartiges zu nehmen wäre, und indem er zugleich die Kasse hinsichtlich der Wahl einer besseren Fassung Vorschläge mit auf den Weg gab. Zur Begründung wurde nämlich ausgeführt: Die Fassung der Statutenänderung sei eine solche, daß der Gerichtshof auch seinerseits für diese Fassung die Genehmigung nicht aussprechen könne. Allerdings seien verschiedene Ausführungen des Bezirks-Ausschusses und des Kommissars nicht richtig. So sei gesagt worden, der Verlust des Ertrages von Ueberstunden könne nicht veranschlagt werden, weil es dem Programm der Arbeiter überhöre. Ueberstunden zu machen. Das sei falsch. § 34 des Gesetzes sage allgemein, daß die Vorstandsmitglieder ihr Amt unentgeltlich verwalteten, sofern nicht durch Statut eine Entschädigung für den durch Wahrnehmung der Vorstands-Geschäfte ihnen erwachsenden Zeitverlust und entgehenden Arbeitsverdienst bestimmt werde. Danach sei unerbittlich, welcher Art der entgehende Arbeitsverdienst sei und wann die Zeit sei, in der der Verlust stattfindet. Es hänge nicht davon ab, welche Arbeit darüber bestehe, wie die Arbeit in den einzelnen Fabriken, Werkstätten usw. geregelt werden solle. Die Frage sei einfach die: Wieviel Zeitverlust oder Verdienstverlust vor oder nach? Und: Kann das Vorstandsmitglied die fragliche Zeit anders verwerten oder kann es sie überhaupt nicht verwerten? Ferner sei auch nicht richtig, wenn Kommissar und Bezirksausschuss sagten, daß der Vorsitzende sich mit 25 Pf. im Monat zu begnügen habe, weil ein Direktor der Kasse da sei und der Vorsitzende es nicht nötig hätte, alle die Sachen nachzuprüfen, welche er als Vorsitzender unterzeichnen müsse. Es sei dem entgegenzusetzen, daß ja der Vorsitzende in der Beziehung gesetzlich verantwortlich und verantwortlich sei, und es müsse davon ausgegangen werden, wovon das Gesetz aussehe, daß er seine Amtspflicht wirklich so wahrnehme, wie es sein solle, und sie so erfülle, daß er einen Regere nicht zu fürchten brauche. Das Argument, daß ein anderer die Arbeit mache, dürfe nicht in Betracht kommen. Auch sei das Gericht der Ueberzeugung, daß es nicht gegen das Gesetz sei, für den Vorsitzenden eine monatliche Pauschalsumme anzusetzen. Denn für seine Geschäfte, die sich im Laufe der Jahre übersehen ließen, sei es möglich, eine Pauschalsumme so zu bemessen, daß sie dem Gesetze entsprechend sich darstelle als Entschädigung für Zeitverlust und entgehenden Arbeitsverdienst. Wenn die Tätigkeit in einem Monat geringer sei, so gleiche es sich im Laufe des Jahres aus. Und sei das Gericht der Ueberzeugung, daß bei einer so großen Kasse, wie hier, die Summe von 59 Mark für den Vorsitzenden pro Monat nicht zu hoch gegriffen sei. Im übrigen sei aber die Fassung der geänderten Statutenvorschrift so unklar, daß niemand in der Lage sei, die Zweckmäßigkeit und Angemessenheit zu prüfen. Es fehle jedes Maß dafür, wenn es dort heiße: „Soweit höhere Aufwendungen nicht nachgewiesen werden, erhält jedes Vorstandsmitglied für seine Teilnahme an Amtshandlungen jedes Mal 3 Mark usw.“ Was sei mit Teilnahme an Amtshandlungen gemeint? Sei es schon eine solche, wenn Mitglieder kämen und mit einem Vorstandsmitglied eine Kassensangelegenheit besprächen? Sollten auch dann 3 Mark gezahlt werden? (Die Vertreter des Vorstandes schüttelten den Kopf.) Ebenso unklar und vieldeutig seien die Worte: „Soweit höhere Aufwendungen nicht nachgewiesen seien.“ Wegen dieser Unklarheit müsse die Genehmigung verweigert werden. Und es gehe nicht, die Bestimmungen bezüglich des Vorsitzenden herauszunehmen und an sich zu genehmigen, da die zur Genehmigung unterbreitete Vorschrift etwas einheitliches sei. Wenn die Kasse eine anderweitige Fassung der Vorschrift geben wolle, dann sei ihr dringend die Beachtung eines Urteils des Senats zu empfehlen, wodurch einer Kasse die Genehmigung zu statutarischen Bestimmungen erteilt sei, welche eine bestimmte Entschädigung festsetzten für die Teilnahme an Vorstandshandlungen, Kommissionshandlungen, Kassensammlungen, sowie den im Interesse der Kasse mit Ärzten, Apothekern und sonstigen Lieferanten abzuhandelnden Einnahmen, und welche weiter befügten: „Ferner erhält jedes Vorstandsmitglied bei sonstiger Wahrnehmung der Kassengeschäfte für Zeitverluste, wenn die

Tätigkeit bis Mittags 12 Uhr beendet ist, für einen halben Tag 3 Mark, wenn dieselbe bis nach 12 Uhr währt, für den ganzen Tag 6 Mark als Entschädigung.“ Bei einer solchen Fassung wäre ein Maß gegeben für die Nachprüfung der Angemessenheit der eingestellten Entschädigungsätze.

**Noch weiter wärde.**

Der Unteroffizier Franz Baumann vom Bezirkskommando Rybnik stand in der Verurteilung vor dem Ober-Kriegsgericht in Breslau, um Entscheidung herbeizuführen, ob er zu degradieren sei. Er ist in seinem Zivilberuf wegen Diebstahls einer Klingel und ein Paar Manschetten (er will die Sachen im Scherz aus Gasthäusern mitgenommen haben), zu drei Tagen Gefängnis verurteilt worden. Der Kaiser hat die Freiheitsstrafe in eine Geldstrafe von 15 Mark umgewandelt. Das Kriegsgericht hatte darum den Mann nicht degradiert, weil er nicht aus ehrloser Bestimmung, sondern nur aus Leichtsinne gehandelt habe. Der Gerichtsherr legte Berufung ein und forderte Degradation. Das Ober-Kriegsgericht erkannte auf Verurteilung der Berufung.

### Arbeiterbewegung.

Mit welchen Mitteln die Arbeiterbewegung in Ost-Elbien bekämpft wird, erstelt man an folgendem Beispiel. In Oliva und Joppot ist es den freien Gewerkschaften infolge des Vorgehens der Behörden nicht möglich, ein Lokal zum Abhalten von Versammlungen zu bekommen. Um diesen Zustand dauernd aufrecht zu erhalten, wird besonders von den „christlichen“ Gewerkschaften alles aufgebracht. Die christlichen Patrone sind hinter solchen Gastwirten in einer tollen Weise her, von denen sie annehmen, daß sie geneigt wären, ihre Lokale den freien Gewerkschaften zu geben. Sind fünf bis sechs Personen in irgend einem Lokal zusammen, so wird sofort die Polizei davon in Kenntnis gesetzt und erscheint auch eilig, um den Umsturz des Staates nach Möglichkeit zu verhindern. In manchen Lokalen paßt der Gastwirt ängstlich auf, daß kein staatsfeindliches Wort gesprochen wird, damit seine Kneipe nicht in den Verdacht kommt, daß Sozialdemokraten eine geheime Versammlung abgehalten haben. Am Sonntag, den 23. September, hatten sich in einem Lokale in Oliva eine Anzahl Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer eingefunden. 10 bis 15 Personen saßen zusammen, tranken ihr Bier und plauderten gemüthlich. Plötzlich kamen zwei Männer ins Lokal, von denen her eine der Gemeindevorsteher von Oliva war. Ohne sich den Anwesenden vorzustellen, fuhr er den Genossen Grüngagen folgendermaßen an:

Sie sind ein sozialdemokratischer Agitator und wollen hier eine sozialdemokratische Versammlung abhalten. Ich kenne Sie ganz genau! Die Versammlung ist nicht angemeldet, daher verbietet sich, daß hier so etwas geredet wird! Die Anwesenden betrachteten es als eine grobe Ungehörigkeit, daß sich irgend ein Mensch in ihre persönlichen Angelegenheiten mischte. Der Gastwirt stand dabei und sagte kein Wort. Als nun einige Maurer ein Glas Bier forderten, verbot der Gemeindevorsteher dem Wirt, an die Maurer Bier zu verabfolgen. Und der Gastwirt gehorchte auch. Die Genossen gingen nun nach einem anderen Lokal. Doch auch hier ging es ihnen nicht anders. Ein christlicher Streikbrecher führte die Gemeindevorsteher und den Amtsdienner nach diesem Lokal und der Gemeindevorsteher veranlaßte auch hier, den Genossen das Lokal zu verbieten, was auch geschah. Die Maurer waren also obdachlos und die sogenannten „Christen“ hatten den Triumph. Dabei schien es die Absicht des Streikbrechers, bei den Gemeindevorsteher begleitet, zu sein, unsere Genossen zu veranlassen, ihn zu beleidigen und anzugreifen, um sich nachher als christlicher Märtyrer auszugeben zu können. Doch seine Absicht wurde durch die kluge Ruhe unserer Genossen vereitelt. So gehen die „Brüder in Christo“ in Oliva vor. Sie stellen sich als freiwillige Polizeibehörde auf und leiten die niedrigsten Denunziantendienste. Ob der Gemeindevorsteher für sein völlig unberechtigtes und ungesetzliches Handeln vom Landrat irgendwie zur Rechenschaft gezogen wird, bleibt abzuwarten. Im Polizeibereich und besonders in Oliva werden solche Taten als hochpatriotische und verdienstvolle angesehen und zu gelegenen Zeiten belohnt.

**Abbruch der Tarifverhandlungen im Buchdrucker-gewerbe.** Nichts Telegraphen-Bureau meldet aus Berlin: Der Tarifansatz der deutschen Buchdrucker hat gestern Abend nach achtstündigen vom Kommerzienrat Bärenstein geleiteten Verhandlungen seine Arbeiten beendet und den deutschen Buchdrucker tarif für eine weitere fünfjährige Periode festgesetzt. Im wesentlichen wurde in Anbetracht der Verteuerung der Lebensmittel eine zehnprozentige Lohnerhöhung ausgedrückt, während die bisherige nennstündige Arbeitszeit bestehen bleibt. Die beiden großen Organisationen im Buchdrucker-gewerbe, der deutsche Buchdruckerverein und der Verband deutscher Buchdrucker-gesellschaften, haben überdies einen Vertrag abgeschlossen, der die Durchführung des

tariffs gewährleistet. Der Zutritt anderer größerer Organisationen ist ausdrücklich vorbehalten.

**Maßnahmen gegen Unorganisierte.** 10,000 Bergleute der Kohlengruben von Rhondaballei in Südwales erklärten, daß sie die Arbeit niederlegen würden, wenn nicht die unorganisierten Arbeiter dem Bergarbeiterverband beitreten.

**Unternehmerterrorismus.** Der Verband der Piano-fabrikanten in Stuttgart hat beschloffen, sämtlichen Arbeitern aus dem Holzarbeiterverbande zu kündigen, falls bis nächsten Dienstag in den Fabriken die Arbeit nicht aufgenommen ist.

**Die Harmonikarbeiter Altonas.** Die Harmonikarbeiter Altonas sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Gefordert werden 4 Bg. Lohnzuschlag pro Stunde, 10 Prozent Zuschlag auf Affordarbeiten und 68stündige wöchentliche Arbeitszeit. Die Unternehmer erklärten, die Forderungen in wohlwollender Erwägung ziehen zu wollen, machten aber einen Vorschlag, der nur auf Verkleinerung der Bewegung hinausläuft. Die Arbeiter werden ihn jedenfalls nicht annehmen.

**Ein Generalstreik der österreichischen Bühnenarbeiter?** Der Verein der Bühnenarbeiter Österreichs beschloß in einer Versammlung des gesamten technischen Personals der Wiener Privatbühnen, falls ihre Forderung nach rechtlicher Ordnung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht erfüllt werden sollten, in den Streik zu treten und so den Bühnenbetrieb unmöglich zu machen. Der gleiche Beschluß wird aus Budapest gemeldet.

### Die russische Revolution.

#### Petersburg und Moskau in Aufruhr?

Der Petersburger Berichterstatter eines rheinischen Blattes berichtet, daß die öffentliche Unsicherheit in Petersburg und Moskau in schreckenerregender Weise zunehme. Aus militärischen Kreisen erzählt der Korrespondent: Der Zar habe sich sehr ungehalten über die bedrückende Zunahme gemeiner Verbrechen geäußert, wobei er seine Umgebung auf die Sicherheit und geordneten Verhältnisse in Finnland hingewiesen und sich über die administrativen Fähigkeiten des dortigen Generalgouverneurs lobend ausgesprochen habe. In den verschiedensten Stadtteilen Petersburgs verpflichtete die Polizei die Wohnungsinhaber schriftlich, nach 6 Uhr Abends unbekannt Personen nicht mehr zu öffnen. Die Polizei ist durchaus machtlos. In zahlreichen Fällen verlassen Schulkinder Nachts ihre Posten, um sich selbst in Sicherheit zu bringen.

#### Stolypin empfängt sein Todesurteil.

Stolypin fand auf dem Schreibtisch seines Arbeitszimmers im Winterpalais folgenden Drohbrief: „Wir waren achtzehn Beschwoerer. Zwei von uns wurden hingerichtet, drei fielen beim Attentat auf Ihre Villa. Wir bleiben also dreizehn. Wir sind entschlossen, Ihr Todesurteil zu vollstrecken.“ Stolypin hat alle Wachen verdoppeln lassen.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, 2. Oktober.

#### Das kommunale Wahlrecht der Frauen.

Zur Zeit, als die Wählerlisten zur kommenden Stadtverordnetenwahl auf dem hiesigen Stadthause zur Einsicht auslagen, war von bürgerlicher Seite auch die Behauptung aufgeworfen worden, daß selbständige Frauen nach unserer Städteordnung ebenfalls wahlberechtigt seien. Diese Frage ist nunmehr in einem konkreten Falle auf dem Wege des Verwaltungsstreitverfahrens vom Bezirksausschuß in Liegnitz entschieden worden. Die Witwe eines Fabrikbesizers, Frau Hirsch, hatte nämlich gegen die Liegnitzer Stadtverordnetenversammlung wegen Aufnahme in die Gemeindevählerliste Klage erhoben, nachdem der gegen die Nichtaufnahme in die Liste von Frau Hirsch erhobene Einspruch von den Stadtverordneten zurückgewiesen worden war.

Die Klage stützte sich in erster Linie auf § 24, Teil 1. Titel 1 des allgemeinen Landrechts; in welchem es heißt: „Die Rechte beider Geschlechter sind einander gleich, soweit nicht durch besondere Gesetze oder rechtsgültige Willens-Erklärungen Ausnahmen bestimmt werden.“ Daß diese Bestimmung, die es in der Klage weiter, sich nur auf privatrechtliche, nicht aber auf die öffentlichen po-

die Oberseite behaglich ins Wienerische transportiert. In diesem Rahmen aber wurde vorzügliches geleistet. Die Damen Förster und Mayerhofer (Curie und Cupido), die eine ganz Liebreiz und Kamut, die andere jeder Zoll ein Cassenjung, sind heute aus unserer Operette gar nicht mehr wegzudenken.

Herr Plant gab — das war sein einziger, allerdings großer Fehler — den Opheus in der Maske Richard Wagners. Das ist ein Wandel an Geschmack, zu dem kein Anlaß besteht. Herr Siege ging als Hellenogott Pluto überraschend aus sich heraus. Herr Fröhlich war ein trefflicher Jupiter und Herr Knob spielte virtuos den allerdings schwer zu verstehenden Sans Styg. Wer Frau Lang kennt, wird nicht bezweifeln, daß sie die Göttermutter Juno glaubhaft verkörperte. Einige kleinere Rollen (Diana und Venus) waren mangelhaft besetzt.

Im ganzen aber war es eine treffliche Aufführung, und Herr Rosenbergs holte aus seinen fliegenden Mannern das Beste heraus.

### Aus aller Welt.

**Wie ein Obermeister sein soll.** Hierüber bringt die Wiener „Wohlfahrt“ folgende Ausführungen: „Der Obermeister (einer Zunft) soll sein wie ein Vogel, so frei und unabhängig; er soll sein wie ein Hund, treu dem Gewerbe, über das gemeinsame Wohl der Zunftgenossen zu wachen. Der Obermeister soll sein wie ein Hof, um wenig über alle Hindernisse hinwegzugehen zu können. Der Obermeister soll sein wie ein Fuchs, wenn es gilt, die Interessen seiner Zunft wahrzunehmen; er soll sein wie ein Nashorn, damit ihn eine Bißse Hand gegen alle Anwürfe schützt. Der Obermeister soll sein wie eine Biene, so fleißig in der Erfüllung seiner Verwaltungspflichten; er soll sein wie ein Fuchs, um sein kaltes Blut in den Versammlungen bewahren zu können. Der Obermeister soll sein wie eine Schlange, damit er sich durch alle Parteiungen hindurchwinden kann; er soll sein wie ein Elefant, um geäußerte Gefährlichkeit für die Auffassung aller beherrschenden Erlasse und Verfügungen zu besitzen. Der Obermeister soll sein wie ein Löwe, der König aller Tiere; er soll sein wie ein Schweiß, da ihm manchmal auch recht schmutzige Angelegenheiten vorkommen. Dieses alles soll der Obermeister sein. — In Wirklichkeit ist er nur ein — Ferkel, der eine große Last auf seinem Rücken zu tragen hat.“

**Ein männliches Dienstmädchen.** Die man weiß, hat sich in Amerika neuerdings der Frau des Haushalters, inagelherz erwidert und beginnt dort das Dienstmädchen zu erlösen. Die Art von Thruer-Konventionen ist nicht nur auf Deutschland beschränkt zu werden. Die man weiß

Eszen berichtet wird, suchte dieser Tage eine hiesige Familie durch ein Inserat in einer hiesigen Zeitung ein Dienstmädchen. Daraufhin lief u. a. nachfolgendes Bewerbungsschreiben ein:

Eszen, den 19. September 1906.

Liebe Frau S. ....

Indem ich in die Volkzeitung gelesen habe, als die Sie ein Starke und fleißiges Mädchen sucht, für die Haushaltung. Ich bin schon kein Mädchen aber noch eine rüstige Person, und alle für Sie vorzuziehen. Nämlich Schrubben u. Aufnehmen Schüssel Kartoffeln schälen Bitte machen Mädchen was zutun ist als Mädchen, besser als heute zutage die Mädchen Liebe Frau ich bin 7 Monate in das Kinderheim Johanna in Hiesfeld gewesen bei 9 Stück Franziskaner Schwestern und mußte alle Hausarbeit allein verrichten, dann können Sie wohl denken, das ich alles kann. An Lohn u. Kost u. Logis 10 Mark und alle Kleider von Ihnen das man besser bewegen kann in die Arbeit per Monate was ich auch bei die Schwestern bekam. So sei so gut und schreibe mich gleich wieder ein brief

Achtungsvoll  
Johanna S. .... (folgt Adresse.)

Frau S. will es übrigens einmal mit dem männlichen Dienstmädchen probieren.

**Attentat eines Stillischleis-Janitors.** Wie verwirrend die Agitation der Dunkelmänner gegen Kunstwerke auf den Freebann der „Stilleisen“ einwirkt, beweist wieder eine Schandtat, die im Großen Garten zu Dresden gegen zwei dort aufgestellte Marmorgruppen des verstorbenen Bildhauers Wolf v. Huber verübt wurde. Er besaß eine „Kumpel“ und eine „Lebe“ mit Unte! Obwohl die Entfernung der Kunstwerke nach sachmännlicher Vorschrift vorgenommen wurde, lassen sich die Folgen des Freiwilds nicht beseitigen; die Marmorwerke ist tief in den weißen Marmor eingedrungen. Der Täter hat die Schuster der Figuren verdonat, dagegen die nackten Körperchen besonders hart mit Unte beinbelt. Von dem Täter fehlt jede Spur.

**Die letzten Unwetter in Spanien** haben außer Schaden anrichtet. Große Ueberschwemmungen vernichteten ganze Dörfer und legten ungeheure Streden unter Wasser. In einem Dorf wurden die Leichen von 200 Extraktoren gefunden. In Santonera stürzten viele Häuser ein, wobei eine große Anzahl Bewohner unter den Trümmern ihr Grab fand.

**Der Kaiserreise.** Am Samstag wird telegraphisch: Die Kaiserreise nach Italien und Belgien in Mailand und Wien. Die Kaiserreise nach Italien und Belgien in Mailand und Wien.

eines Rassenkrieges. Seit Sonnabend wurden 185 Neger zu einmonatiger Gefängnisstrafe verurteilt. Ähnliche Ausbrüche wie in Atlanta fanden in Mobile, in Alabama und Nashville in Tennessee statt. Die Weißen erklärten, die Führung unter den Schwarzen sei hochgradig.

**Kleine Chronik.** In einer blutigen Eifersuchtszene kam es in Berlin. Die 24jährige Büfetammfelle Ida Aminett lernte den 20 Jahre alten Kellner Collas kennen, der aus Frankreich nach Berlin gekommen war. Collas verlangte von seiner Geliebten, daß sie ihn mit Geld unterstütze. Als Collas seine Geliebte prügelte, gab sie ihm den Rausch. Gestern schlich sich Collas in das Haus Marienstraße 9 ein und lauerte dem Mädchen, das im Keller wohnt, auf. Raum hatte sie ihre Wohnung verlassen, als Collas zwei Revolvergeschosse auf sie abfeuerte. Während die Getroffene um Hilfe schrie, entfloh Collas. Es gelang, den Kellner zu verhaften. Der Verhaftete gekand, Revolver und Patronen eigens zu dem Zwecke gekauft zu haben, um seine Geliebte zu erschließen. — Erschossen hat sich in Hamburg ein 16jähriger Schüler der Eimsbütteler Realschule vor den Augen seiner Schulkameraden, weil er nicht verletzt werden war. — Eine hohe Bank entfiel in Jitta während der Nachmittagsvorstellung im Menagerie-Theater Charles. Anwesend waren etwa 200 Personen. Da bekam ein Betrunkener Schreitdämpfe, worauf einige ängstlich „Läden sind los“ zu schreien begannen. Alles stürzte zu den Ausgängen, viele stürzten und wurden verletzt, besonders Kinder. — Ein in Esseg aus Berlin eingetrossener Schauspieler, dessen Name bisher noch nicht eruiert werden konnte, hat auf die bei dem hiesigen deutschen Theater engagierte Schauspielerin Walden mehrere Revolvergeschosse abgefeuert, so daß die Getroffene kurz darauf den Verletzungen erlag. Der Mörder gab selbst mehrere Schüsse auf sich selbst ab, verletzte sich aber nicht tödlich. — Von einem Kabfahrer überannt und getötet wurde in Basel Pfarrer A. Rippos. Er erlitt einen Schädelbruch, der den Tod zur Folge hatte. Pfarrer Rippos wollte heimlich Jahre in der Armenpflege. — Aus Mobile (Alabama) wird gemeldet: In Bord des Dampfers „King of Abon“ fand eine Feuerstruimpf statt. Der Kapitän, seine Gattin, Schwestern, mehrere Offiziere und Matrosen sind umgelommen. — Eine Depesche aus dem Haag berichtet, daß nach einer amtlichen Meldung aus Balk sich der Fürst von Libanon und sein Sohn, der Kronfolger, selbst den Tod gegeben haben. Der Fürst von Libanon und sein Sohn würden den Tod der Unterwerfung an Holland, der sie nicht mehr entgegen konnten, vorgezogen haben. Libanon zählt etwa 200,000 Einwohner, darunter kaum 200 Europäer und einige tausend Araber.



Uffischen Rechte beziehe, sei unzutreffend; die in der Einleitung und im ersten Teil des U. R. M. enthaltenen allgemeinen Grund- sätze hätten nicht nur für sämtliche Titel dieses Gesetzes, son- dern auch für die später erlassenen Gesetze Gültigkeit, soweit in diesen nichts Abweichendes bestimmt sei. Weiter führt sich die Klage auf den § 5 der Städte-Ordnung vom 30. März 1853, wonach „jeder selbständige Preuße“ unter gewissen Bedingungen das Bürgerrecht erwerben könne. Diese Bedin- gungen trafen auf die Klägerin zu; sie sei seit einem Jahre, bzw. erheblich länger Einwohnerin des Stadtbezirkes, empfangen seine Armenunterstützung, habe die Gemeindegabgaben bezahlt und bestimme ein Wohnhaus im Stadtbezirk, auch betreibe sie selbständig ein stehendes Gewerbe mit zwei Gehilfen und sei zur Einkommensteuer veranlagt. Der Umstand, daß das Gesetz bei Erfüllung dieser Voraussetzungen das Bürgerrecht jeden „selbst-ändigen Preußen“, nicht aber auch ausdrücklich jeder „Preu- ßin“ zuspreche, sei lediglich durch die schon im alten Recht aus- gesprochenen und in der ganzen neueren Gesetzgebung festgehaltene Geschlechtertrennung begründet, nicht das männliche Geschlecht im Ge- setze für beide Geschlechter zu bezeichnen. Da nun die Städte- Ordnung dem Allgemeinen Landrecht unterliege, so sei der Klage stattzugeben.

In ihrer Klagebeantwortung hatte die Stadt- verordnetenversammlung ausgesprochen, daß selbständige Frauen nach der Städteordnung von 1853 das Bürgerrecht bezw. das Gemeindegabrecht nicht haben, sei anerkannt Rechts und seit dem Erlaß der Städteordnung nicht bestritten. Trotz der mehr als 50 Jahre hindurch bestehenden Geltung der Städte- ordnung seien bisher Frauen zur Ausübung des Gemeindegab- rechts in den Städten nicht zugelassen. Nach § 5 erwerbe das Bürgerrecht nur „jeder selbständige Preuße“, und § 13 spreche nur von „stimmfähigen Bürgern“, den Ausdruck „Bürgerinnen“ enthält die Städteordnung nicht. Die Städteordnung von 1853, welche das Bürgerrecht „jedem selbständigen Preußen“ verleiht, beruhe auf der Grundlage der Städteordnung von 1831, in deren § 14 es hieß:

„Nur solche Personen männlichen Geschlechts, welche u. s. w.“ können das Bürgerrecht erwerben.“ Der § 24 des U. R. M. bezieht sich nur auf die zivil- rechtlichen Verhältnisse, nicht aber auf die politischen Rechte. Es verleiht bezug genommen auf Artikel 70 der preussischen Verfassung und das Wahlgesez von 1869 zum Reichstage, in welchem es auch heißt „Jeder Preuße“, „Jeder Norddeutsche“, ohne daß sich jemand bisher auf den § 24 U. R. M. zur Begrün- dung des Anspruches des aktiven Wahlrechts der Frauen für das Abgeordnetenhaus und für den Reichstag berufen habe. Keinesfalls könne der Grundsatz des § 24 über das Allgemeine Landrecht hinaus auf Gesetze Anwendung haben, welche mit dem preussischen Landrecht in gar keiner Verbindung stehen und mit diesem nichts zu tun haben. Es wurde Abweisung der Klage beantragt.

Vor dem Bezirksauschuß machte der Vertreter der Klä- gerin noch weitere Ausführungen; die Berufung auf § 14 der Städteordnung von 1831 sei berechtigt, denn dieses Gesetz sei völlig antiquiert und durch das Gesetz von 1853 ersetzt. Ge- richtliche Entscheidungen über die Frage, ob Frauen das Bür- gerrecht haben, seien bisher noch nicht ergangen. Es sei daher auch unzutreffend, wenn von der Beklagten gesagt werde, daß bisher Frauen zur Ausübung des Gemeindegabrechts in den Städten nicht zugelassen seien; richtig sei vielmehr, daß dieser Anspruch bisher nirgends erhoben bezw. vor den zuständigen Instanzen verfolgt worden sei. Es könne auch nicht einge- wendet werden, daß durch diesen 50 jährigen Mißgebrauch des Rechts der Anspruch verjähret sei, denn solche Verjährung von Rechten öffentlich-rechtlichen Charakters finde überhaupt nicht statt. Auch sei das kommunale Wahlrecht nach der übereinstim- menden Ansicht der Staatsrechtslehrer kein politisches Recht.

Der Bezirksauschuß entschied, daß die Klage der Frau Strisch abzuweisen sei. § 24 des U. R. M. habe keinesfalls die ihm von der Klägerin ausgesprochene Be- deutung. Es sei ausgeschlossen, daß vom Gesetzgeber den Frauen das kommunale Wahlrecht habe zugesprochen werden sollen. „Stadterordnete können nicht sein.“

6. Vater und Sohn, sowie Brüder, sie dürfen nicht zugleich Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sein. Sind dergleichen Verwandte zugleich gewählt, so wird der ältere allein zugelassen.“

Die Tendenz dieser Bestimmung lasse zur Evidenz er- kennen, daß der Gesetzgeber in Bezug auf das kommunale Wahlrecht nur Männer im Auge gehabt habe, sonst würde er auch die Möglichkeit einer Wahl von Mann und Frau, Bru- der und Schwester u. s. w. vorgesehen haben.

Wir sind überzeugt, daß auch das Oberverwaltungs- gericht, falls dieses noch angerufen werden sollte, ebenfalls nicht zu einer anderen Entscheidung kommen wird. In unserem „Rechtsstaate“, in dem Rechte eben nur Privilegien sind, kann das schließlich auch nicht wundernehmen.

### Drei Monate Gefängnis

hat die Breslauer zweite Strafkammer gestern wieder ein- mal über einen unserer Redakteure verhängt. Wegen Ver- leibung der Strafkammer in Glogau war Genosse K a d l o f angeklagt. Am 15. Juli brachten wir einen Bericht über eine Gerichtsverhandlung in Glogau, die mit der Verurteilung des Genossen Karl K r a t a u aus K o s- witz zu sechs Monaten, und Wilhelm R i s c h e aus Neusalz zu vier Monaten Gefängnis wegen ange- geblicher Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten geendet hatte.

In Neusalz war eine Textilarbeiter-Versammlung polizei- lich aufgelöst worden, weil sie nicht angemeldet gewesen war. An den Ausgangspunkten, die verschlossen waren, stauten sich die Massen. Genosse K r a t a u rief deshalb: „Die Polizei möchte doch so gut sein, und die Thüren öffnen“. Inzwischen hatten die bei- den überwachten Beamten blankgezogen, um jede Revolte zu unterdrücken. Der Chorwächtermeister S c h ö n - N e u s a l z wollte nun von den beiden Angeklagten gehört haben: „Genosse, Genossen, laßt Euch das nicht gefallen. Haut sie!“ K r a t a u hatte vor Gericht diese Ausrufung entschieden bestritten und e l f J e u- gen gaben an, berartige Worte aus dem Munde unseres Genossen nicht gehört zu ha- ben. Der herrliche Gendarm Schädel aus Neusalz behauptete ebenfalls, die genannten aufreizenden Worte nicht gehört zu haben. Der Oberwachmeister wurde deshalb vor Gericht noch- mals ermahnt, die Wahrheit zu sagen; er blieb jedoch bei seiner Aussage. Das Gericht hatte dann dieser Aussage Glauben ge- schenkt und die Aussagen der elf anderen Zeugen als unerschüt- tlich angesehen, worauf die erwähnten Strafen von sechs Mona- ten Gefängnis für K r a t a u und vier Monate für R i s c h e erkannt wurden.

In einer Besprechung des Urteils, das sich an den Bericht angeschlossen, war gesagt worden: „Die Glogauer Richter werden ja dieses salomonische Urteil mit ihrem Ge- wissen zu vereinbaren haben.“ Der Glogauer Landes- gerichtspräsident stellte daraufhin Strafantrag wegen Ver- leibung der Richter und Genosse Kadlos mußte wieder einmal die Anklageband betreten, auf der er als Redakt. un- seres Blattes schon mehrere harte Urteile, darunter ein solches von einem Jahr Gefängnis wegen angeblicher Ma- jeestätsbeleidigung entgegengenommen hat.

Nachdem der intrinmierte Artikel verlesen worden war, beantragte der Verteidiger, Justizrat S e i n, auch die Revisions-

begründung gegen das Glogauer Urteil zu verlesen, aus der hervorgehe, daß die dortigen Angeklagten wie ihre Verteidigung genau dieselbe Auffassung über das Urteil haben, nämlich die, daß den Aussagen des einen Beamten ganz zu Unrecht mehr Be- deutung beigegeben würde, als denen der elf Privatpersonen.

Nach langer Beratung lehnte das Gericht diesen Antrag ab. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten für schuldig. Den Glogauer Richtern sei der schwere Vorwurf der Willkürhaftigkeit, der Verletzung der beschworenen Amtspflicht zum Vorwurf ge- macht worden. Das sei eine Behauptung nicht erweislich wahrer Tatsachen, die geeignet ist, die Ehre der Richter zu verletzen. Die schwere Beleidigung sollte der Umstand, daß der Angeklagte schon mehrfach mit Gefängnis bestraft sei, rechtfertigen eine empfindliche Strafe. Er beantrage deshalb drei Monate Gefängnis und Publikationsbefugnis.

Justizrat S e i n wendet sich dagegen, daß dem Angeklag- ten die Absicht der willkürlichen Beleidigung unterstellt werde. Der Vorwurf der Willkürhaftigkeit sei den Richtern nicht gemacht worden, die betreffende Stelle habe nur den Sinn, daß die Glogauer Richter bei nachträglicher Ueberlegung einsehen müßten, daß ihr Urteilspruch kein richtiger war. Ein gewissenloser Mensch mache sich überhaupt keine Gewissensbilste; ein gewissenhafter Mensch aber werde oft nachträglich von Strubeln darüber be- fallen, ob eine seiner Handlungen gerecht gewesen sei. Der Angeklagte konnte umso mehr glauben, daß ein Fehlspruch der Richter vorliege, als er Kratau als ruhigen und überlegten Mann kennt und ihm eine Ausrufung, wie die, wegen der er verurteilt wurde, nicht zuträuf.

Kadlos selbst wies noch darauf hin, daß er um die Zeit, in der der Artikel erschien, mit Arbeit überlastet war. Genau so, wie bei den Richtern insolge Ueberbürdung mit Arbeit Fehlsprüche vorkämen, so könne es auch einem Redakteur einmof passieren, daß ihm im Drange der Geschäfte einmal eine Stelle in einem eingelangten Bericht durchschlüpfte, die er bei genauerer Prüfung wegstreichen würde. Drei Monate Gefängnis seien jedenfalls eine viel zu harte Strafe.

Das Gericht kam nach einstündiger Beratung dahin, daß der Angeklagte die beantragten drei Monate Ge- fängnis wirklich verdient habe.

Die „Schlesische Zeitung“ leistet sich im Anschluß an ihren Prozeßbericht die dumme Bemerkung:

„Wer die „Volkswacht“ kennt, muß danach entscheiden auf die Vermutung kommen, daß fast ihr gesamter In- halt ihren Redakteuren „im Drange der Arbeit durch- geschlüpf“ ist.“

Ihr kann es allerdings nicht passieren, daß ihr einmal etwas „Strafbares“ durchschlüpfte. Sie lügt und verleumdet bekanntlich mit vollem Bewußtsein. Und wenn das „vornehme“ Blatt nachher auf einer seiner Verleumdungen erappt und festgenagelt wird, dann findet es nicht einmal den Mut, das eingestehen, oder es geschieht höchstens in so verfleckter Form, wie bei der Unterschlagung im Mannheimer Arbeiterbildungsverein. Wir meinen, die „Schlesische Zeitung“ hat alle Veranlassung, hübsch ruhig zu sein. Journalistischen Anstand, der es verbietet sollte, einen eben zu schwerer Strafe verurteilten Berufscollegen in gemein-sämischer Weise anzugreifen, können wir vom Schleistein natürlich nicht verlangen.

### Die Gartenstadtbewegung.

Auch bei uns in Deutschland beginnt die Idee der Gartenstadt allmählich hier und dort festen Fuß zu fassen. Der Gedanke ist englischen Ursprungs und in England hat er auch bereits eine teilweise Umsetzung in die Praxis gefunden. Die eigenartige industrielle Entwicklung Eng- lands bedingte einerseits ein immenses Anwachsen der Be- völkerung in den Industriezentren und andererseits eine Entvölkerung des Landes, mit der Hand in Hand das An- schwellen des Großgrundbesitzes ging. Einen guten Ausgleich in der Bevölkerungsdichtig- keit herbeizuführen, ist der Zweck der Gartenstadtbewe- gung. Die miserablen Wohnungsverhältnisse in den Fabriks- distrikten der Großstädte haben den Anlaß gegeben, und da bei dem ganzen Unternehmen die Profitbereicherung eines einzelnen ausgeschlossen ist, muß die Bewegung als eine gemeinnützige anerkannt werden.

Die Durchführung der Idee liegt darin: Eine zu diesem Zweck gegründete Gesellschaft erwirbt ein entsprechend großes Ge- lände zu billigen Preisen, um hierauf die Gartenstadt entstehen zu lassen. Es ist nicht gesagt, daß jedes Haus inmitten eines Gartens liegen soll, zu welchem Gedanken man wohl durch die Bezeichnung Gartenstadt verleitet werden könnte, sondern es ist auch die geschlossene Bauweise mehrerer Häuser um einen ge- meinschaftlichen Garten möglich. Vorgeesehen sind sowohl Woh- nungen mit Gartenland zur Veranschaulichung durch die Mieter, als auch Wohnungen inmitten von Gartenanlagen, an die die ganze Bevölkerung gleiches Nutzungsrecht hat, Gartenanlagen, die nur dem Aufwandsfall und der Erholung dienen sollen. Es steht durchaus nicht in der Absicht dieser Bewegung, daß der Grund und Boden in den Besitz einzelner übergehe, denn da- durch würde die Bodenreformatorische Absicht der Bewegung ver- nichtet und die Verflechtung des Bodens würde bald zu ähn- lichen schlechten Wohnungsverhältnissen führen, wie sie jetzt in der Großstadt maßgebend sind und die zu besitzigen noch Aufgabe der Bewegung ist. Der Wertzuwachs des Bodens soll der Gemeinheit zu gute kommen.

Bestrebt zu ermöglichen, sollen die Bauzinsen nur in Einzahlungen vergahen werden. Mit dem Steigen des Wertes würde auch die Pachtsumme anwachsen. Durch die steigende Bodenrente soll eine allmähliche Amortisierung des An- lagskapitals erzielt werden; im übrigen soll der Ueberchuß zur Errichtung allerlei gemeinnütziger Anlagen Verwendung finden. Hierin liegt der Schwerpunkt der ganzen Bewegung.

Außerhalb der eigentlichen Stadt soll dann Raum für die Landwirtschaft bleiben und auch hier wird der Boden nur in Pacht zu haben sein. Der Landwirt wird dann in größerer Nähe der Stadt seinen Acker bebauen können, wobei ihm die Annehmlichkeit und Zweckmäßigkeit der Stadtnähe gewiß recht vorteilhaft erscheinen wird. Es bietet sich hier gewissermaßen eine Verbindung des Land- und Stadtlebens. Die Tätigkeit derartiger Gesellschaften ist verständig auf die Bodenverteilung be- schränkt, doch ist auch die Uebernahme des Häuserbaus für die Zukunft wohl nicht ausgeschlossen. Einwollen bleibt die Errichtung der Wohnhäuser noch der privaten oder genossen- schaftlichen Betätigung überlassen.

Für die Bebauung der Gartenstädte sind Häuser vorge- sehen für ein, zwei und vier Familien. Die billigsten Ein- familienhäuser kosten in der Herstellung etwa 3000 Mark, sie werden zu einem wohnlichen Miethpreise von 4.50 bis 5 Mk. abgegeben. Zu ebener Erde ist eine geräumige Wohnkammer daneben sind Speisekammer, Kohnraum und ein Spülraum vor- handen. Letzterer ist gleichzeitig mit Badeeinrichtung versehen. Das Obergeschos setzt sich aus zwei oder drei Schlafkammern zusammen. Natürlich sind auch geräumigere Wohnhäuser vor- handen.

Von gemeinsamen Anlagen sind in der Gartenstadt vor- allen Dingen große Rasenplätze vorgelesen, ohne die der Sport und Spiel liebende Engländer nun mal nicht aus- kam. Das Verbot des Betretens der Rasenflächen, woran bei uns in Deutschland in den Anlagen zahlreiche Tafeln erinnern,

bleibt der Engländer nicht. Er ist es gewohnt, am Sonntag Nachmittag sich mit fettenzähligen zu irgendwelchem Beginn, auf Rasenflächen zu versammeln. Um Versammlungen aller Art auch bei unangenehm Witterung zu ermöglichen, sind na- türlich auch Gesellschaftsredne vorgelesen. Angenommen noch die kleinen Gartenanlagen, die sich um die Häuser oder inner- halb der Häuserblöcke ausbreiten, die nicht von den Haus- miethern mit gemietet werden können; dann sind noch die größeren Anlagen zu erwähnen.

Solche Gartenstädte sind in England bereits verschiedene entstanden, oder richtiger gesagt: im Entstehen begriffen. Eine solche, Leichworth ist ihr Name, liegt ca. 60 Kilometer nörd- lich von London. Das etwa 1600 Hektar umfassende Gelände kostete rund 3 Millionen Mark. Das Land wurde von einer Gesellschaft erstanden, die 6 Millionen Mark zur Verfügung hat und Anteilscheine zu 20 Mark und 100 Mark verausgibt. Sie besteht aus über 2000 Aktionären. Von der Bodenfläche ist ein Drittel für die Stadt mit ihren Gartenanlagen vorgelesen, wäh- rend das übrige der Landwirtschaft verbleibt. Die Stadt soll nach ihrer Vollendung etwa 30,000 Einwohner umfassen, auf das Gebiet der Landwirtschaft werden 2000 gerechnet. Zur Zeit zählt der Ort etwa 2000 Einwohner. Verschiedene Fabriken sind bereits im Betriebe, andere im Bau begriffen. Für das an die Bahn angeschlossene Fabrikviertel ist eine Gegend vorge- lesen, die dem Blick aus der Stadt verborgen bleibt, auch ist die Freizeitanlage für die Stadt ausgeschlossen. Der Bau der Wohnungen hat entgegen der sonst üblichen Bauweise von der Peripherie aus nach innen begonnen. Natürlich muß das alles zur Zeit noch einen unfertigen Eindruck hervorufen, aber der Besucher kann sich doch eine Anschauung vergegenwärtigen von dem, was werden soll.

In derselben Weise wie in England hat sich der Gedanke der Gartenstadtbewegung auch in anderen Staaten ausgebreitet, so auch in Deutschland. Diese Bewegung hat durchaus nichts gemein mit der Errichtung sogenannter Ar- beiterwohnungen, die ebenfalls mit Gärten versehen sind, die aber von einem einzelnen Unternehmer ausgehen und die lediglich den Zweck haben sollen, dem Unternehmer, der vielleicht großer Gruben-, Hütten- oder Fabrikbesitzer ist, eine abhängige Arbeiterschaft zu verschaffen. Man hat vielfach, und wie sich aus obigem ergeben muß, sehr zu Unrecht die Gartenstadtbewegung mit den Arbeiter-Garten- wohnungen der letztgedachten Art vertauscht. Darum wird man der Gartenstadtbewegung auch wohl nur ein be- schränktes Interesse entgegengebracht haben. Unsere Be- achtung verdient die Bewegung ungeteilt, denn sie wird gewiß keine vorübergehende Erscheinung sein. Wie groß ihre Bedeutung für unser wirtschaftliches Leben werden wird, das ist allerdings eine Zukunftsfrage.

### \* Die Lohnbewegung der Handschuhmacher.

Am Montag Nachmittag fand im Sitzungszimmer des Ge- werberichts unter dem Vorsitz von Dr. G r a b e n w i k eine Vorbereitende zu den beabsichtigten Ausgleichsversamm- lungen statt. Trotz längerer Aussprache verlief die Be- sprechung resultatlos. Die Fabrikanten erklärten sich nur bereit, für Breslau einen Einheitsmiethpreis einzuführen, mit Ausnahme der Firma W. J u n g m a n n, die auch unter diesem Einheitspreise zahlen will; die Gehilfenschaft dürfte sich schließlich damit einverstanden erklären, weil die Arbeit in diesem Betriebe nicht die technischen Schwierigkeiten bietet wie anderswo.

Im Anschluß an diese Situation hatten nunmehr die Arbeitgeber heute Dienstag und die Arbeitnehmer morgen Mittwoch Versammlungen ab, um zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Donnerstag treten dann die beider- seitigen Lohnkommissionen zu nochmaliger Beratung zu- sammen. Im ganzen kommen bei der Lohnbewegung 150 Personen in Betracht, von denen etwa 30 auf die Firma W. Jungmann entfallen.

### \* Das Arbeiter-Sekretariat Breslau ist im Mo-

n a t S e p t e m b e r von 637 Personen in Anspruch genommen worden; davon waren erstmalige Besuche 511, wiederholte 126. Im ganzen wurde in 659 Fällen Auskunft erteilt. Von den 637 Personen waren männlich 540, weiblich 97, organisiert 527, Ehefrauen Organisierter 29, Organisations- unfähige 81, wohnhaft in Breslau 559, auswärtig 78. Von den 659 Fällen wurden erwidert mündlich 494, schriftlich 165. Die Zahl der angefertigten Schriftsätze beträgt 187.

Von den städtischen Gaswerken. Wie bekannt, wird die städtische Gasanstalt II auf dem Vestinaplatz nach W i r g o y ver- legt, und die auf dem genannten Platze stehenden Bauwerke werden abgebrochen werden, um einem Monumentalbau Platz zu machen, der für städtische Verwaltungszwecke Verwendung finden soll. Mit den technischen Betrieben der Gasanstalt sind jedoch auch Dienststellen verknüpft, die mit dem Gas konsumierenden Publikum in engen Beziehungen stehen müssen, so wie die Betriebsklasse der Anstalt, an die Zahlungen von Gasrechnungen, Hinterlegen von Konten etc. zu entrichten sind. Diese Betriebsklasse muß in der Stadt bleiben, um den raschen Verkehr mit dem Publikum aufrecht erhalten zu können. Da aber auf die Dauer die Betriebsklasse an ihrem bisherigen Orte nicht bleiben kann, so mußte sich der Magistrat nach anderen Möglichkeiten umsehen, und er beschließt, sie in das Gebäude der Viktoria-Schule auf dem Ritterplatze zu verlegen, sobald die Veranlassung in ihrem Neubau auf der Blücher- straße abgeschlossen sein wird.

### \* Unser Zeitungswasser.

Der Wassergehalt des Zeitungswassers ist nach der Analyse vom 29. September auf sechs Zehntel Milligramm in einem Liter zu r u d e r g e a n g e n; dafür ist aber die Reinigung in einem Kubikzentimeter Wasser von 48 am 28. Sep- tember auf 57 am folgenden Tage gesiezen.

### \* Städtische Straßbahn Breslau.

Am Monat S e p t e m b e r belief sich die Verkehrseinnahme auf 48,796.45 Mark, im Jahre 1905 betrug sie 31,729.25 Mark. Mit hin mehr pro 1906: 27,003.50 Mark. — Am letzten Sonntag verzeichnete die Bahn 2128.75 Mark.

### \* Lichterabend des Humboldt-Vereins.

Am Sonntag, den 7. S. M. 7 1/2 Uhr, im Saale Grünstraße 14/16 stattfand, wird Fräulein Stefanie S a l t z von den Vereinigten Theatern die ihr trefflich liegenden, teils dra- matisch bewegten, teils humoristischen Gedichte des märkischen Poeten zum Vortrag bringen, während Herr Konjunkturaler T h e o d o r W e s t f a l d t e r einige Vorstellungen von „Die Abenteuer“, darunter „Hans Arndts Dampfer“ bringen wird. Eintrittskarten zu 20 Pf. sind für jedermann bei den Herren P r e u ß e n, J ä n g e r, Ring 53, und P a u l K. G e p p e r t, Klosterstraße 14, zu haben.

### \* Vermißt wird seit dem 4. v. M. der Wächter Karl N a m p f,

welcher auf einem Landkahn in der Volkshimmlischen Werkstatt ange- stellt war.

### \* Blühendes Lob.

Am 30. v. M. wurde in einer Refle- xion auf der Düngrstraße ein Arbeiter vom Ortschafts- ge- stoffen. Die Leiche wurde am 1. v. M. anatomisch gefahren.

### \* Aus dem Leben gefahren.

Am 29. v. M., Nachmittag, hat sich eine Witfrau, welche seit langem schwerkränkt war, in ihrer Wohnung, Perstraße 12, erhängt.

### \* Todlich. Ein Hildebrandstraße 12 wohnender Arbeiter

erliegt in der Nacht zum 30. v. M. einem Lohndienstfall und wolle

